



BAG LSV e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Landesseniorenvertretungen

Seniorenvertretungen -

Politische Partizipation älterer Menschen in Bund, Land und Kommune





www.bag-lsv.de

Seniorenvertretungen -

Politische Partizipation älterer Menschen
in Bund, Land und Kommune

Inhalt



Impressum

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen BAG LSV e.V.

Helga Walter
 Bundesvorsitzende der BAG LSV
 Salvador-Allende-Straße 91
 12559 Berlin

Tel./ Fax: 030 - 92 120 450
 E-Mail: baglsv@arcor.de
 www.bag-lsv.de

Verantwortlich: Helga Walter,
 Bundesvorsitzende der BAG LSV

Mitarbeit: Rolf Kauls,
 Stellvertretender Vorsitzender der BAG LSV

Textgestaltung: Dr. Ilona Stehr

Fachberatung: Barbara Eifert

Grafische Gestaltung: grafik & mehr -
 Bettina Mehr-Kaus

Gesamtkoordination: Christine Massion und
 Marianne Riedel

Druck: Druck Center Meckenheim

Stand: 2009 2. Auflage

Diese Broschüre wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

| | |
|---|----|
| Grußwort <i>Ursula von der Leyen</i> | 5 |
| Vorwort <i>Helga Walter</i> | 7 |
| Die BAG LSV – Struktur und Praxis einer Interessenvertretung <i>Barbara Eifert</i> | 8 |
| Politische Partizipation älterer Menschen durch Seniorenvertretungen <i>Prof. Dr. Thomas Olk</i> | 10 |
| Positive Stimmen aus Städten und Gemeinden | 13 |
| Zur Gründung von Seniorenvertretungen <i>Dr. Ilona Stehr</i> | 14 |
| Die Landesseniorenvertretungen und praktische Beispiele aus den Kommunen | 15 |
| Baden-Württemberg | 16 |
| Bayern | 18 |
| Berlin | 20 |
| Brandenburg | 22 |
| Bremen | 24 |
| Hamburg | 26 |
| Hessen | 28 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 30 |
| Niedersachsen | 32 |
| Nordrhein-Westfalen | 34 |
| Rheinland-Pfalz | 36 |
| Saarland | 38 |
| Sachsen | 40 |
| Sachsen-Anhalt | 42 |
| Schleswig-Holstein | 44 |
| Thüringen | 46 |
| Adressenliste der Landesseniorenvertretungen | 48 |



Ursula von der Leyen

Grußwort

Im Zuge der demografischen Entwicklung gewinnen ältere Menschen in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Seniorinnen und Senioren wollen heute ihr Erfahrungswissen und ihre Kompetenzen für das Gemeinwohl einbringen und an der Gesellschaft teilhaben. Unser Land wiederum braucht die Erfahrungen und Kompetenzen der Älteren. Eine Aufgabe der Politik – und damit auch Ziel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – ist es, dazu beizutragen, dass verlässliche Rahmenbedingungen für das Engagement und die Mitgestaltung der Gesellschaft durch ältere Menschen geschaffen werden.

Wichtig ist zunächst einmal, dass sich ein neues, an der heutigen Realität der älteren Generation orientiertes Altersbild in der Öffentlichkeit durchsetzt, das auch die bei vielen Seniorinnen und Senioren bis ins hohe Alter vorhandene Lebenskraft und Aktivität sichtbar werden lässt. Mit der Initiative „Erfahrung ist Zukunft“ hat die Bundesregierung eine offene Plattform geschaffen, um ein Umdenken zu beschleunigen. Auch der 6. Altenbericht der Bundesregierung greift dieses Thema auf und wird Empfehlungen für ein realistisches Altersbild erarbeiten.

Aktivitäten Älterer zugunsten des Allgemeinwohls zu fördern, liegt im

wohlverstandenen Interesse aller – auch aller Kommunen. Das BMFSFJ unterstützt sie dabei. „Alter schafft Neues – Das Programm Aktiv im Alter“, das in diesem Jahr begonnen hat, soll eine vielfältige soziale Initiative für eine aktive Rolle des Alters in der Gesellschaft ins Leben rufen. „Alter schafft Neues“ motiviert Städte, Gemeinden und Einrichtungen, sich dem freiwilligen Einsatz älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker zu öffnen. Mit dem Modellprojekt „Selbstorganisation älterer Menschen“ wurden innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen kommunaler Verwaltung und engagierten Bürgern unterstützt.

Politische Mitgestaltung im Alter hat einen ganz wichtigen und beinahe schon klassischen Ort: die Seniorenvertretung. Seniorenvertretungen sind Bindeglieder zwischen Politik und Gesellschaft. Zehntausende von Seniorinnen und Senioren sind bereits heute in mehr als 1200 Seniorenvertretungen in ganz Deutschland aktiv – auf kommunaler und auf Länderebene. Ihre Arbeit im vorparlamentarischen Raum ist eine wichtige Form bürgerschaftlichen Engagements, die nachhaltige Unterstützung verdient. Das Bundesseniorenministerium fördert deshalb die Vernetzung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landeseniorenvertretungen mit anderen Infrastruktureinrichtungen für freiwilliges Engagement.

liges Engagement.

Es ist zu hoffen, dass Städte und Gemeinden in Deutschland die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft nutzen und gute Rahmenbedingungen für Engagement und gesellschaftliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren schaffen. Dazu gehören auch Seniorenvertretungen. Ich wünsche mir, dass in Zukunft viele weitere Initiativen entstehen und so die Potenziale der älteren Generation in der Gesellschaft immer besser zur Geltung kommen.

Ursula von der Leyen

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die BAG LSV

Aufgaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e. V. (BAG LSV) vertritt die 16 Landesseniorenvertretungen (LSV) mit ihren kommunalen Seniorenvertretungen (SV) auf der Bundesebene. Der Begriff „Seniorenvertretung“ fasst als Oberbegriff die verschiedenen Formen und Bezeichnungen, wie z. B. „Seniorenbeirat“ oder „Seniorenrat“ zusammen.

Die ehrenamtlich arbeitende BAG LSV verfolgt das übergeordnete Ziel, die Teilhabe (Partizipation) älterer und alter Menschen zu stärken. Aus diesem übergeordneten Ziel der Partizipationsstärkung ergeben sich für die BAG LSV als Interessenvertretung zwei weitere prioritäre Ziele: das der Interessenformulierung und das der Interessenvermittlung. Mit den Zielen der BAG LSV, Interessen zu formulieren und diese zu vermitteln, sind die Handlungsfelder der BAG LSV bereits definiert. Denn die Umsetzung der Ziele erfordert Handlungen auf verschiedenen Ebenen.

Handlungsebenen

Aus den Zielen Interessenformulierung und Interessenvermittlung ergeben sich zwei Handlungsebenen, auf denen die BAG LSV arbeitet:

Interne Ebene

Innerhalb der Organisation nimmt die BAG LSV dabei folgende Aufgaben wahr:

- Informationsweitergabe an die LSV und von den LSV
- Informations- und Erfahrungsaustausch mit den LSV
- Qualifizierungen über das Angebot von Fachtagungen
- Sammlung, Bündelung, Abstimmung und schließlich Definition der Interessen aus den LSV
- Mitwirkung an Fachtagungen (Bundesebene)
- Abfassung von Stellungnahmen (an Politik und Verbände auf der Bundesebene)
- Kooperationen und Gespräche (auf der Bundesebene)
- Öffentlichkeitsarbeit (Bundesebene, bundesweit)

Diese Aufgaben werden von der BAG LSV in Form eines Austausches wahrgenommen. Innerhalb der Organisation wird damit das Ziel der Interessenformulierung über kommunale Grenzen und Landesgrenzen hinweg umgesetzt. Der Vielfalt und der Aktualität des Austausches sind durch Rahmenbedingungen und reine Ehrenamtlichkeit Grenzen gesetzt.

Externe Ebene

Außerhalb der Organisation erfolgt die Umsetzung des Ziels Interessenvermittlung auf der Bundesebene. Dazu nimmt die BAG LSV folgende Aufgaben wahr:

- Mitarbeit in Gremien und bei Verbänden (Bundesebene)
- Mitarbeit in Projekten (Bundes- und Landesebene, EU-Ebene)

Die Aufgabenwahrnehmung auf der externen Ebene erfolgt vor allem über die Vorsitzende und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

Die Themen und Handlungsfelder sind dabei so vielfältig wie das Alter selbst. Zudem unterliegen sie aktuellen Erfordernissen. Über Themen bringen sich die Vorsitzende der BAG LSV und ihre Stellvertreter/innen auf der Bundesebene in die verschiedenen Gremien (z. B. beim Deutschen Verein) und in viele seniorenpolitisch relevante Zusammenhänge, vor allem auch in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), als politische Interessenvertretung ein. Auf diese Weise leistet die BAG LSV einen Beitrag zur praktizierten Partizipation und bietet auf der Grundlage einer Basisbindung zur kommunalen Ebene (über die LSV zu den SV) und zur Ebene der Länder (LSV) die Vermittlung von Interessen an.

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gerne nehme ich die Gelegenheit zu einigen einführenden Worten in einer ersten Broschüre der BAG LSV e.V. wahr. Ich freue mich über die gelungene Broschüre, die einen Einblick in die Arbeit der Seniorenvertretungen in den Kommunen, den Ländern und auf der Bundesebene bietet. Frau Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen danke ich für die Förderung der Broschüre durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Die Broschüre steht im Kontext eines vom BMFSFJ ab 2008 beginnenden Projekts: „Alter schafft Neues – Aktiv im Alter.“ Ziel des Programms ist es, die Teilhabe älterer Menschen zu verbessern und dafür notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen und auszubauen. Dabei wird auch aufgezeigt, welche Organisationen bereits in den Bundesländern und besonders in den Kommunen aktiv sind und ältere Menschen in die Gestaltung des Gemeinwesens einbeziehen. Dies sind, neben anderen, seit vielen Jahren kommunale Seniorenvertretungen. Sie ermöglichen und sichern die politische Teilhabe älterer Menschen und stellen eine wichtige Form des bürgerschaftlichen Engagements dar. Sie wirken auf kommunaler Ebene an der Verbesserung der Lebensqualität für alle Generationen mit. Auf

Landesebene haben sie sich zu Landesseniorenvertretungen zusammengeschlossen und auf Bundesebene in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen, der BAG LSV e.V.

Die Broschüre bietet nach den einleitenden Fachbeiträgen im Hauptteil jeweils eine Doppelseite für ein Bundesland. Sie erhalten auf der linken Seite Informationen zu der jeweiligen Landesseniorenvertretung und auf der rechten Seite Beispiele aus der praktischen Arbeit kommunaler Seniorenvertretungen. Dabei wird eine große Vielfalt sichtbar. Das ist uns wichtig, denn der dargestellte Querschnitt lässt die Kreativität der Seniorenvertretungen und ihre Orientierung an der lokalen Bedarfslage deutlich werden. Die Vielzahl der Beispiele bietet Möglichkeiten der Nachahmung. Auch darüber würden wir uns freuen, denn es ist unser Anliegen und zugleich unsere Stärke als Seniorenvertreter an der Basis und gemeinsam mit anderen in der Fläche aktiv zu sein.

Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit ermuntern, den Kontakt zu der zuständigen Seniorenvertretung oder der Landesseniorenvertretung zu suchen, wenn Sie der Meinung sind, dass sich z. B. in Ihrem Wohnumfeld etwas verändern muss und die politisch Verantwortlichen einen Hinweis erhalten sollen.

Ich danke bei dieser Gelegenheit allen aktiven ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Seniorenvertretungen vor Ort. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, damit Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit von Problemen und Wünschen der älteren Generation Kenntnis erhalten. Mischen Sie sich weiter ein, sorgen Sie dafür, dass Ihre Arbeit eine gesicherte Grundlage behält oder erhält. Sicher ist dies keine leichte Aufgabe, aber es ist eine Herausforderung, die immer mehr Menschen in Seniorenvertretungen annehmen.

Unsere Tätigkeit ist aber nicht nur – manchmal mühsame – Arbeit, sondern sie bringt auch Freude, wenn wir immer wieder kleine Schritte vorwärts gehen und Erfolge erzielen! Was wir heute erreichen, kommt auch den nachfolgenden Generationen zu Gute. Darüber freuen sich immer mehr Kommunen, die Seniorenvertretungen ermöglichen.

Uns allen gemeinsam wünsche ich dazu viel Energie sowie Mut und danke allen, die sich umfassend und engagiert an der Erstellung der Broschüre beteiligt haben.

Helga Walter

*BAG LSV e.V.
Bundesvorsitzende*



Helga Walter

Die BAG LSV e.V.

Struktur und Praxis einer Interessenvertretung



Barbara Eifert

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V. (BAG LSV) wurde im Mai 2004 neu gegründet. Sie versteht sich, bezogen auf die Inhalte der Arbeit, als Nachfolgeorganisation der früheren Bundes-seniorenvertretung (BSV). Die BSV bestand von 1986 bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2004. Die BAG LSV ist der Dachverband für alle 16 Landesseniorenvertretungen auf der Bundesebene. In den LSV sind die kommunalen Seniorenvertretungen zusammengeschlossen.

In der Regel wird aus den kommunalen SV in jedem Bundesland eine Landesseniorenvertretung gebildet. Allerdings sind nicht alle Seniorenvertretungen auch Mitglied in der jeweiligen Landesseniorenvertretung. Überwiegend trifft dies zwar zu, dennoch existiert bislang keine lückenlose Einbindung. Dieser Umstand erklärt auch die in der Literatur vorfindbaren unterschiedlichen Angaben über die Anzahl kommunaler Seniorenvertretungen. Im Jahr 2006 erhielt die BAG LSV den Status eines eingetragenen Vereins. Die Organe des Vereins BAG LSV sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand, der aus fünf gewählten Mitgliedern besteht. Unterstützt wird die BAG LSV seit ihrer Gründung von der wissenschaftlichen Beraterin der LSV NRW.

Rahmenbedingungen

Die Gründung und Existenz von Seniorenvertretungen ist eine freiwillige Angelegenheit der Kommunen. Aus den Gemeindeordnungen der Länder sind Einrichtungen von Seniorenvertretungen zwar ableitbar, aber eine explizite Vorschrift zur Einrichtung existiert nicht. Eine Ausnahme stellt das Land Berlin dar. Im Jahr 2006 trat dort das „Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz - BerlSenG“ in Kraft.

Die BAG LSV arbeitet ehrenamtlich. Dies gilt ebenso für die LSV und die kommunalen SV. Auf der Ebene der Länder und der Kommunen existieren unterschiedliche Rahmenbedingungen. Es gibt Seniorenvertretungen, die umfänglich gefördert werden durch hauptamtliches Personal, Sachmittelhaushalte, Kostenerstattungen, Raum- und Sachmittelmitbenutzungen, es gibt aber auch solche, die ohne diese Unterstützungen in Kommunen arbeiten. Diese gravierenden Unterschiede spiegeln unter anderem den Grad der Anerkennung und Etablierung von Seniorenvertretungen wider. Die Rahmenbedingungen sind bei der Bewertung der Wirkungsmöglichkeiten und -grade des ehrenamtlichen Engagements durch Seniorenvertretungen unabdingbar einzubeziehen. Die BAG LSV verfügt über keine institutionelle Förderung. Seit ihrer Gründung 2004 werden Projektförderungen für Fach-

tagungen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gewährt. Hinzu kommen 2007 und 2008 Fördermittel für die Erstellung öffentlichkeitswirksamer Materialien und Instrumente (Flyer, Broschüre und Homepage) im Rahmen des Bundesprogramms „Alter schafft Neues - Aktiv im Alter“. Um Kosten für Fahrten und Kommunikation für die BAG LSV auf der Bundesebene zumindest teilweise zu erstatten, zahlen die Landesseniorenvertretungen derzeit einen Beitrag von 100 EURO pro Jahr.

Aufbau

Die BAG LSV verfügt über eine hohe Basisbindung, denn sie ist von der kommunalen Ebene über die Ebene der Länder bis hin zur Bundesebene organisiert. Ihre Mitglieder sind in der Regel sowohl in den Landesseniorenvertretungen als auch in den kommunalen Seniorenvertretungen aktiv. So ist eine Interessenformulierung über Kommunen und Länder hinaus möglich.

Ziel = Partizipation

Ziel der BAG LSV ist es, im Sinne der Partizipation, den Einfluss älterer Menschen auf politische Entscheidungen, die ihre Lebenssituation betreffen, geltend zu machen, ihn zu stärken und zu sichern. Dabei geht es nicht ausschließlich um Interessen

älterer Menschen, sondern auch um generationsübergreifende Ansätze, die in verschiedenen Projekten der kommunalen Seniorenvertretungen angewandt werden. Die BAG LSV formuliert und vertritt ihre Interessen unabhängig von Parteien, Verbänden, Konfessionen, Regierungen und anderen Institutionen.

Handlungsfelder und Themen

Im Mittelpunkt der Arbeit der BAG LSV stehen zum einen organisationsbezogene Handlungsfelder und Aufgaben und Inhalte, die sich aus der Vielfalt des Alters und den (aktuellen) Erfordernissen ergeben. Derzeit sind es vor allem die Themen Altersbildung, Altersdiskriminierung, Altersversorgung/Altersarmut, bürgerschaftliches Engagement, Generationen, Gesundheit und Pflege. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist immer auch mit der Interessenvermittlung in Gremien verbunden.

Chancen und Möglichkeiten

Die BAG LSV bietet für ihre Mitglieder sowie für Politik, Verbände und Öffentlichkeit Chancen und Möglichkeiten zur Verwirklichung von Partizipation. Den Mitgliedern bei der Mitgestaltung gesellschaftlicher Bedingungen, indem sie ihre Interessen innerhalb der Organisation formulieren. Dieser Prozess findet sowohl auf der kommu-

nalen als auch auf der Landesebene in der BAG LSV statt. Der Politik, den Verbänden und der Öffentlichkeit bieten sich Potenziale und der faktische Nutzen des Engagements älterer und alter Menschen, der über die BAG LSV vermittelt wird. Die BAG LSV macht Interessen vielfältig sichtbar. Dabei geht es im Sinne praktizierter Partizipation in einem ersten grundlegenden Schritt um Wahrnehmung, Anhörung und Wertschätzung sichtbar gemachter Interessen. Ihre Durchsetzung steht dabei nicht im Vordergrund. Diese vollzieht sich in weiteren Schritten und ist keineswegs zwingend, sondern Ergebnis eines Diskussions- und Austauschprozesses. Die Basis der BAG LSV ist die kommunale Ebene. Daher ist die Stärkung dieser Ebene nicht nur für die Aufgabenwahrnehmung der Landesseniorenvertretungen von Bedeutung, sondern auch für die BAG LSV. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Gründung und Unterstützung für kommunale Seniorenvertretungen in fünf guten Gründen zusammenfassen:

Fünf gute Gründe für kommunale Seniorenvertretungen

1. Seniorenvertretungen bieten einer wachsenden Bevölkerungsgruppe, nämlich der der älteren Menschen, die Möglichkeit politischer Teilhabe.
2. Seniorenvertretungen bieten Kommunen die Chance, die Potenziale

älterer Menschen zu erkennen und einzubeziehen.

3. Seniorenvertretungen gehören zu den wachsenden politisch engagierten Gruppen. Als unabhängige Mitgestalter kommunalpolitischer Prozesse arbeiten derzeit ca. 1.200 kommunale Seniorenvertretungen in Deutschland.
4. Dort wo der Wille zum Engagement auf ermöglichende Rahmenbedingungen trifft, werden Seniorenvertretungen als Bereicherung in den Kommunen geschätzt.
5. Seniorenvertretungen wirken im vorparlamentarischen Raum und stellen gelebtes bürgerschaftliches Engagement dar. Generationsübergreifendes Denken und Handeln kennzeichnen die Arbeit von Seniorenvertretungen.

Barbara Eifert

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Institut für Gerontologie/
Forschungsgesellschaft für
Gerontologie, Dortmund

Politische Partizipation älterer Menschen durch Seniorenvertretungen

Ältere Menschen wollen sich politisch beteiligen!

Die demografische Alterung der Gesellschaft birgt neben Risiken und Belastungen vor allem auch neue Chancen und Potenziale. Ältere Menschen verfügen heute im Vergleich zu früheren Generationen über einen größeren materiellen Spielraum, bessere Gesundheit und höhere Bildung. Dies führt u. a. dazu, dass sich ältere Menschen in wachsendem Maße sowohl in traditionellen als auch in neuen Feldern freiwillig engagieren. Bei einigen von ihnen ist zudem der Wunsch stark ausgeprägt, sich an ihrem Wohnort, in ihrer Region oder auf überörtlicher Ebene politisch zu beteiligen.

Selbstverständlich sind ältere Menschen nach wie vor Mitglied in politischen Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Interessenverbänden und Sozialorganisationen und gestalten dort politische und gesellschaftliche Einflussprozesse mit. Allerdings machen sie dabei nicht selten die Erfahrung, dass ihre Anliegen und Bedürfnisse angesichts der Dominanz anderer Themen und Belange an den Rand gedrängt werden. Auch führen Entwicklungen wie die wachsende Bedeutung der Hochaltrigkeit und die Ausdifferenzierung von Lebenslagen zu einer Pluralität von Sichtweisen, Interessen und Anliegen älterer Men-

schen. Vor diesem Hintergrund entwickelt die Lebenslage Alter so etwas wie einen eigenständigen Repräsentationsbedarf.

Seniorenvertretungen als Instrumente der politischen Beteiligung älterer Menschen

Seit den 1970er Jahren haben sich auf kommunaler Ebene Seniorenvertretungen – z. B. unter Bezeichnungen wie „Seniorenräte“, „Seniorenbeiräte“ etc. – etabliert. Gab es 1986 deutschlandweit erst 147 Seniorenvertretungen, waren es 1996 bereits 735. Inzwischen wird ihre Anzahl auf 1200-1500 geschätzt. Trotz grundsätzlicher Vorbehalte und skeptischer Stimmen zur politischen Legitimität solcher vorparlamentarischen Formen politischer Teilhabe haben sich Seniorenvertretungen inzwischen als direkte Form der politischen Interessenvertretung älterer Menschen etabliert. Die kommunalen Seniorenvertretungen sind darüber hinaus in Landesseniorenvertretungen zusammengeschlossen und diese wiederum bilden die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV). Dies bedeutet, dass die politische Interessenvertretung älterer Menschen einerseits von der kommunalen über die Länderebene bis zur Bundesebene organisiert ist. Andererseits gibt es auch Rückwirkungen; so können politische Prozesse von der Bundes-

ebene über die Landesebene auch auf die Ebene der kommunalen Seniorenvertretungen gebracht werden.

Arbeitsschwerpunkte, Rahmenbedingungen, Mittelausstattung und Einflusschancen der Seniorenvertretungen unterscheiden sich von Kommune zu Kommune. Dies hängt nicht zuletzt mit ihrer unzureichenden kommunalrechtlichen Absicherung zusammen. Bislang ist ihre Einrichtung für die Kommunen nicht verpflichtend, sondern bleibt eine freiwillige Angelegenheit. Grundsätzliche Vorbehalte gegenüber Seniorenvertretungen, die als vorparlamentarische und direkt-demokratische Formen der Beteiligung als illegitime Konkurrenz zu repräsentativ gewählten parlamentarischen Organen (wie Gemeinderat, gewählten Ausschüssen etc.) gesehen werden, haben zu ihrer prekären rechtlichen Absicherung beigetragen. Befürworter halten dagegen, dass es nicht um Konkurrenz, sondern vielmehr um Unterstützung und Ergänzung der Arbeit demokratisch gewählter Entscheidungsorgane auf kommunaler und überörtlicher Ebene geht. Im Mittelpunkt stehen Anhörungsrechte älterer Menschen, die Erteilung von Rat und das Einbringen sowohl der Interessen als auch der Kompetenzen älterer Menschen in die Arbeit der politischen Interessenvertretungen auf kommunaler und Landesebene. Darüber hinaus belegt die in den letz-

ten Jahrzehnten stark angestiegene Anzahl von Seniorenvertretungen das wachsende Interesse älterer Menschen an direkten Formen der Teilhabe und Mitwirkung. Ältere Menschen sind in wachsendem Maße dazu bereit und in der Lage, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens aktiv zu beteiligen.

Leistungen und Aufgaben von Seniorenvertretungen

Was die inhaltliche Arbeit von Seniorenvertretungen anbelangt, so handelt es sich um ein breites Spektrum der gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Mitwirkung ist hier insbesondere an kleinräumige Stadtteil bezogene Projekte zu denken, in denen ältere Menschen nicht fürsorglich unterstützt, sondern in denen ihnen Freiräume zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung eröffnet werden. Die Themen und Anliegen solcher Projekte beziehen sich angesichts der Pluralität des Alters auf unterschiedliche Anliegen und Problembereiche, dies fängt bei Freizeit und Geselligkeit an und hört bei Gesundheitsförderung, Generationssolidarität sowie Pflege und Betreuung nicht auf. Auch die Stärkung der Kompetenzen zur Teilhabe und Mitwirkung durch seniorengerechte Bildungsangebote sowie die Bekämpfung der Altersdiskriminierung gehören hierzu. Was den po-

litischen Raum anbelangt, so geht es um die Erweiterung von Mitwirkungsmöglichkeiten, etwa durch Anhörungs- und Rederechte in politischen Gremien, um Mitwirkungsmöglichkeiten auf Stadtteilebene sowie um die Verbesserung der Mitwirkung älterer Menschen in politischen Institutionen verschiedenster Art.

Im Mittelpunkt der Arbeit von Seniorenvertretungen steht die Kooperation mit allen altenpolitisch relevanten Akteuren, die Vermittlung von Informationen an die Vertreter von Politik und Verwaltung sowie sozialer Organisationen sowie die Öffentlichkeitsarbeit für ältere Menschen und für ein neues Leitbild des „aktiven Alters“. Die Praxis von Seniorenvertretungen auf örtlicher und überörtlicher Ebene zeigt eindrucksvoll, welche Aufgaben und Leistungen unter günstigen Rahmenbedingungen bewältigt werden und welche wichtigen Funktionen sie für das politische System der Interessenvertretung erfüllen. Sie

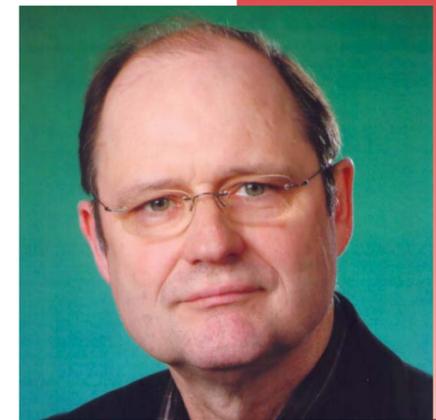
- erkunden die Interessen und Bedarfslagen älterer Menschen, bündeln diese und speisen sie in den politischen Prozess auf kommunaler und Landesebene ein;
- gewährleisten, dass die spezifische Sicht und das Expertenwissen älterer Menschen als Betroffene von politischen Planungen und Entschei-

dungen in den Prozess der Entscheidungsvorbereitung und -findung eingebracht werden;

- stellen sicher, dass die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen angesichts der Interessenartikulation anderer Bevölkerungsgruppen nicht an den Rand gedrängt, sondern vielmehr wahrgenommen und angemessen berücksichtigt werden.

Rechte, Stellung und Arbeitsbedingungen von Seniorenvertretungen stärken

Insgesamt zeigt sich, dass Seniorenvertretungen ein durchaus geeignetes Instrument der Ermöglichung von Teilhabe und Mitwirkung sind. Mit ihrer Hilfe beteiligen sich die Mitglieder der älteren Generation aktiv an Entscheidungsprozessen über öffentliche Angelegenheiten in ihren Gemeinden und bringen dabei ihr Erfahrungswissen ein. Da ältere Menschen – wie empirische Studien belegen – nicht ausschließlich für ihre eigenen Anliegen streiten, sondern darüber hinaus daran interessiert sind, ihre Erfahrungen und ihren Sachverstand in die Lösung übergreifender Probleme und Herausforderungen des Gemeinwesens einzubringen, leisten Seniorenvertretungen nicht nur einen Beitrag zur politischen Berücksichtigung der



Prof. Dr. Thomas Olk

Interessen älterer Menschen, sondern auch zur Verbesserung der Qualität politischer Entscheidungen.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass viele Seniorenvertretungen angesichts unzureichender Rahmenbedingungen und Unterstützung ihre Wirkungsmöglichkeiten nicht ausschöpfen können. Es muss daher in Zukunft dafür Sorge getragen werden, deren Arbeit durch Verbesserung der Rahmenbedingungen, durch Förderung, Vernetzung und Qualifizierung wirksam zu unterstützen. Ein Element in diesem Zusammenhang ist die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Einführung von Seniorenvertretungen als pflichtige Beteiligungsgremien in die Gemeindeordnungen der Bundesländer steht nach wie vor auf der politischen Tagesordnung. Bei der rechtlichen Ausgestaltung dieser spezifischen Beteiligungsform für ältere Menschen sollte durch die Festlegung eines demokratischen Wahlmodus (Urwahl) die politische Legitimation dieser spezifischen Form der Interessenrepräsentation älterer Menschen erhöht werden.

Auch die flächendeckende Ausstattung von Seniorenvertretungen mit angemessenen Räumlichkeiten und Sachmitteln gehört zu diesen förderlichen Rahmenbedingungen. Die Mitglieder von Seniorenvertretungen benötigen allerdings auch Unterstüt-

zung durch verbindliche Formen des Kompetenztransfers und des Erfahrungsaustausches sowie der Qualifizierung. So sind insbesondere die Landesseniorenvertretungen bei entsprechender Mittelausstattung in der Lage, die örtlichen Seniorenvertretungen in ihrer Arbeit – etwa durch Beratung, Qualifizierung und Information – zu unterstützen sowie den Erfahrungsaustausch durch geeignete Formen der Vernetzung sicher zu stellen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit und die Vertretung der Anliegen der Seniorenvertretungen auf landespolitischer Ebene kann durch sie wirksam organisiert werden. Aus der Sicht der Mitglieder kommunaler Seniorenvertretungen ist ihre Arbeit äußerst anspruchsvoll. Sie setzt die ständige Bereitschaft zum Weiterlernen, zur Überprüfung der eigenen Arbeit und zum Erschließen neuer Kontakte und Beziehungen voraus. Es wird eine wichtige Zukunftsaufgabe sein, ältere Menschen für diese Aufgabe zu motivieren und in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Prof. Dr. Thomas Olk

*Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III,
Vorsitzender des Sprecherrats
des BBE*

Positive Stimmen aus Städten und Gemeinden

Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg

Seit Beginn meiner Amtszeit als Oberbürgermeister im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 ist es für mich selbstverständlich, dem bürgerschaftlichen Engagement in unserer Stadt besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Deshalb freue ich mich besonders, dass sich durch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Seniorenvertretung eine echte Partnerschaft entwickelt hat. Ich bin sicher, die Seniorenvertretung wird auch zukünftig ein unverzichtbarer Partner bei der gemeinsamen Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderung sein.

Ulrich Roland, Bürgermeister der Stadt Gladbeck

Der wichtigste Grund, warum ich Seniorenvertretungen außerordentlich schätze ist: Die Mitglieder des Seniorenbeirates sind seit 25 Jahren kritische und faire Begleiter der Gladbecker Stadtpolitik. Sie mischen sich ein, halten mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg, sprechen, wie wir es im Ruhrgebiet sagen, "klare Kante". Besonders sympathisch an der Arbeit des Seniorenbeirates ist auch, dass er sich für ein Miteinander von Jung und Alt in unserer Stadt einsetzt.

Marlies Sieburg, Bürgermeisterin der Stadt Kerpen

Der Seniorenbeirat ist nicht erst seit der Zeit des demografischen Wandels ein wichtiges Bindeglied zwischen der Verwaltung, der Politik und den älteren Menschen. Längst werden hier im Ehrenamt sehr wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben übernommen von Menschen, die sehr vielfältige Qualifikationen und Kompetenzen aus ihrer Lebens- und Berufserfahrung mitbringen. In der Vergangenheit war es schön, dass es sie gab, in der Zukunft ist der Seniorenbeirat eine unverzichtbare Einrichtung für alle Kommunen!

Norbert Ballhaus, Bürgermeister der Stadt Moers

Viele für Moers wichtige Entscheidungen sind auf die Initiative des örtlichen Seniorenbeirats zurückzuführen. Beispielsweise ist die Einrichtung der "Leitstelle Älterwerden" den Mitgliedern zu verdanken. Ein Seniorenbüro in einem Stadtteil und die Seniorenwohnungsberatung hätte es ohne den Seniorenbeirat nicht gegeben. Die Mitglieder des Beirates sind in Moers in allen Bereichen als Partner und Ratgeber geschätzt. Mittlerweile existiert dazu ein geflügeltes Wort in der Grafenstadt: Was gut für Seniorinnen und Senioren ist, nutzt der ganzen Bevölkerung.

Fritz Schramma, Oberbürgermeister der Stadt Köln

Um die Interessen und Bedürfnisse der Älteren auch richtig einschätzen zu können, ist die Zusammenarbeit mit der Seniorenvertretung von großer Bedeutung. Sie ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern im Seniorenalter, den Entscheidungsgremien und den ausführenden Stellen und somit ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Grundordnung in Köln. Durch ihre Anregungen, Empfehlungen und Forderungen an die politischen Gremien, die Verwaltung und die Wohlfahrtsverbände wirkt sie konstruktiv an einer an den spezifischen Bedürfnissen der älteren Generation ausgerichteten Politik in Köln mit. Die Kölner Seniorenvertretung als Interessenvertretung ist ein Vorbild für andere Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren vor Ort. Das Wissen der einzelnen Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter und vor allem der Einsatz der sozialen Kompetenzen sind für die Gesellschaft unverzichtbar.



Dr. Ilona Stehr

Zur Gründung von Seniorenvertretungen

In vielen Kommunen und Kreisen der Bundesrepublik sind Seniorenvertretungen (SV) (Oberbegriff) aktiv, jedoch noch längst nicht in allen. Ein Grund ist, dass SV freiwillige Einrichtungen sind. Dies ist ihre Stärke, aber zugleich auch ihre Schwäche. Das schafft Unabhängigkeit, sichert aber andererseits keinen Bestand. In den Gemeindeordnungen (GO) der Länder sind SV nicht als vorgeschriebenes Beteiligungsgremium vorgesehen. Maximal werden sie als Einrichtungen definiert, bzw. ist ihre Einrichtung aus den GO ableitbar. Einzig das Land Berlin hat eine gesetzliche Verankerung der SV vorgenommen. Vor diesem Hintergrund besteht kein einheitliches Verfahren zur Gründung von SV, dennoch werden sie gegründet. Voraussetzung ist, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder eine SV für erforderlich hält und dies beschließt.

Ein Weg zur Seniorenvertretung

Die Idee „Seniorenvertretung“ kann durch Seniorinnen und Senioren, durch Mitarbeitende der Verwaltung, Organisationen, Verbände und Parteien, sowie durch Einzelpersonen in die Kommune gebracht und durch Gespräche mit Seniorenvereinen, -gruppen und -initiativen, Politik und Verwaltung verbreitet werden. Zeitungen und Lokalfunk berichten darüber. Ein „runder Tisch“ bringt alle

Interessierten sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung zur Information zusammen. Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die Aufgaben, Ziele, Mitgliederzahl und -zusammensetzung, Regelung der Mitwirkung in Ausschüssen und Wahlform festlegt. Die Satzung der SV muss durch den Rat der Stadt/ Gemeinde beschlossen werden. Eine Wahlordnung wird erarbeitet. Die demokratischste Form ist die Urwahl als Briefwahl. In großen Städten ist die Delegiertenwahl gängige Form, in kleinen Gemeinden ist eine Versammlungswahl praktikabel. Die Arbeitsgruppe kann eine Geschäftsordnung gestalten und bei der Kandidatensuche helfen. Nach der Wahl definiert die SV ihre Aufgaben.

Ziele, Funktionen, Handlungsfelder

SV zielen als unabhängige, ehrenamtliche Gremien auf die Mitgestaltung der Gesellschaft, indem sie politische Partizipation älterer Menschen praktizieren. Sie sind parteipolitisch neutral, konfessions- und verbandsunabhängig. Sie bündeln die Interessen und Belange älterer Menschen und mitteln zwischen älteren Menschen, der Politik, der Verwaltung und weiteren Akteuren. Sie koordinieren Interessen und Interessengruppen und beraten Politik, Verwaltung und andere Akteure.

Handlungsfelder liegen in der Stadt- und Verkehrsplanung sowie bei Planungen im sozialen und kulturellen Bereich. In Ausschüsse und Gremien bringen SV die Belange der Älteren ein. Sie beraten bei Einzelfragen und leiten Betroffene an Fachstellen weiter. Sie leisten Öffentlichkeitsarbeit. Die konkreten Aufgaben hängen von den Bedingungen vor Ort ab, d.h. jede SV definiert selbst ihre politisch wichtigen Themen. In dieser Broschüre gibt es viele Beispiele. Kommunale SV werden bei ihrer Gründung und in ihrer Arbeit von den jeweiligen LSV durch Beratung, Publikationen und Fortbildungsangebote unterstützt und begleitet.

Dr. Ilona Stehr
Bildungsreferentin, Stätte der Begegnung e.V., Vlotho



Die Landesseniorenvertretungen und praktische Beispiele aus den Kommunen



Landesseniorenrat Baden - Württemberg e.V.



LANDESENIOREN RAT BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.



Der Landesseniorenrat (LSR BW) besteht seit 1974. Eine satzungsgemäße Aufgabe des LSR BW ist die Gründung von Seniorenräten auf kommunaler Ebene. Bereits 1974 entstand der Kreissenienerrat Tübingen. In den folgenden Jahren wurden weitere Vertretungen in anderen Landkreisen gegründet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen 142 Orts-, Stadt- und Kreissenienerräte.

Aufgaben

Der LSR BW vertritt die Interessen älterer Menschen in Baden-Württemberg. Er versteht sich als ein Organ der Meinungsbildung und des Erfahrungsaustauschs auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet. Der Landesseniorenrat macht Landtag, Landesregierung und Öffentlichkeit auf die Probleme älterer Menschen aufmerksam und wirkt an deren Lösung mit.

Im Rahmen einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit informiert der LSR ältere Menschen über sie betreffende wichtige Angelegenheiten. Der Landesseniorenrat wirkt auf die Bildung von Seniorenräten in den Stadtkreisen, Landkreisen und Gemeinden hin. Er arbeitet mit den Seniorenräten eng zusammen.

Aktuelle Schwerpunktthemen sind für

den LSR BW angesichts des demografischen und gesellschaftlichen Wandels die „Generationengerechtigkeit“ und das „Bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen“.

Praktische politische Partizipation

Betroffenenbeteiligung im Land Baden-Württemberg folgt dem Grundsatz: „Seniorenpolitik darf nicht nur eine Politik für Senioren sein, sie muss auch als Politik mit Senioren gestaltet werden. Unsere Gesellschaft kann auf die Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen nicht verzichten.“ (Ministerpräsident G. H. Oettinger, Regierungserklärung 2005).

Entsprechend diesem Grundsatz hält der LSR BW kontinuierlich Kontakte zur Politik. Regelmäßig finden Gespräche mit der Landesregierung, den Fraktionen, den kommunalen Spitzenverbänden u.v.m. statt. Darüber hinaus ist der LSR BW in vielen Gremien und an Beratungen der Fraktionen, Parteien, Ministerien und Verbände beteiligt. Der LSR BW unterhält seit Beginn, dank der Förderung durch das Land, eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle.

Projekte des LSR BW

- Wohn- und Betreuungsformen für ältere Menschen

- Einrichtung von ehrenamtlichen Beschwerdestellen durch Seniorenräte für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen
- Unterstützung und Qualifizierung der Heimbeiräte, der Externen im Heimbeirat und von Heimförsprechern
- Landesseniorentage
- „Langlebigkeit verpflichtet“ – Qualifizierungsmaßnahmen für Seniorenräte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen
- Gemeinsame Empfehlungen der kommunalen Landesverbände und des Landesseniorenrates zur Arbeit von Kreis-, Stadt- und Ortsseniorenräten in Baden-Württemberg

Kontakt

Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V.

Rotebühlstr. 131
70197 Stuttgart

Tel.: 0711 - 61 38 24
Fax: 0711 - 61 79 65

E-Mail:
landesseniorenrat@lsr-bw.de
www.lsr-bw.de

Landkreis Ravensburg

Ombudsstelle für Ältere

Im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Altenhilfestrukturen der Zukunft“ entwickelte der Landesseniorenrat Baden-Württemberg (LSR BW) das Konzept „Anlaufstelle Pflege im Heim“. Einige Kreissenienerräte (KSR) engagieren sich nun als unabhängige und neutrale Beschwerdestelle oder Ombudsstelle für Fragen und Beschwerden im Zusammenhang mit Pflege oder auch allgemeiner Art, so auch der KSR Ravensburg.

An die Ombudsstelle können sich bei Konflikten alle vertrauensvoll wenden, die allein nicht mehr weiter wissen und/oder eine Auseinandersetzung, etwa vor Gericht, vermeiden möchten. Die Ombudsstelle versucht, mit den Konfliktparteien auf dem Verhandlungswege eine gütliche Einigung zu erzielen. Dies klappt zu 90 Prozent. Es wird keine Rechtsberatung gegeben. Jeder ältere Mensch aus dem Kreisgebiet kann die Ombudsstelle des KSR Ravensburg ansprechen, wenn er meint, dass ihm Unrecht geschieht, und er sich in seiner Würde

verletzt fühlt.

Beschwerden und Klagen Älterer oder von deren Angehörigen gibt es u. a. aus den Bereichen Alten- und Krankenpflege (z.B. Heimkostenabrechnung), Wohnumfeld, Finanzen, Versicherungen, Rente und Miete (Nebenkostenabrechnung). Die Ombudsstelle vermittelt eine fachlich kompetente, ehrenamtliche Vertrauensperson mit beruflicher und persönlicher Lebenserfahrung. Mit ihrer Hilfe wird das Problem analysiert und in den meisten Fällen gelöst.

Kreissenienerrat Ravensburg

Tel.: 0751 - 9 15 69
E-Mail: hans.zimmerer@hzrv.de

Esslingen

Wohnberatung im Kreis Esslingen

Lange leben wollen die meisten Menschen und auch gerne bis zum Ende in der gewohnten Umgebung bleiben. Wohnberatung bedeutet in diesem Falle Hilfe und Information, wenn eine Wohnung altengerecht eingerichtet sein soll.

Diese Aufgabe haben 1994 mehr als zwanzig Menschen im Kreis Esslingen – nach einer Schulung – ehrenamtlich übernommen. Dabei geht es z.B. um das Entschärfen von Stolperfallen, den Gebrauch von Hilfsmitteln, die Sicherung von Tätigkeiten durch Handgriffe und Handläufe, aber auch um die Empfehlung von altersgerechten Gegenständen des täglichen Gebrauchs.

Um vielen älteren Menschen diese Hilfsmöglichkeit bekannt zu machen, wurden Vorträge mit anschaulichen Dias gehalten. Ältere Menschen haben manchmal Vorbehalte gegen Änderungen in ihrem engeren Lebens-

bereich. Daher ist es eine wichtige Aufgabe, eine Brücke zu bauen zwischen den klaren technischen Anforderungen und den besonderen Wünschen Älterer.

Die Erfahrung der Wohnberatung zeigt: Im Laufe der Zeit veränderten sich die Anforderungen. Es sind mehr Besuche gefragt, wenn große Umbauten bei einem akuten Krankheitsfall (Schlaganfall, Sturz) notwendig werden. Leider erweist sich dann ein Großteil der Wohnungen als ungeeignet für eine notwendige Veränderung. Die Wohnberatungen versuchen den Bau von barrierefreien Wohnungen zu fördern. Die Beraterinnen und Berater tauschen zwei- bis dreimal im Jahr ihre Erfahrungen aus.



Kreissenienerrat Esslingen

Tel.: 0711 - 7 54 61 29
E-Mail: r.haeussler@abc-mail.biz



Landesseniorenvertretung Bayern



18



Aufgaben

Die LSVB vertritt die Interessen der älteren Menschen im Freistaat Bayern gegenüber dem Landtag, der Staatsregierung, dem Landesseniorenrat und der Bundesregierung. Zu ihren Aufgaben gehört es, Anträge, Wünsche und Empfehlungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse älterer Menschen zu bündeln, Anliegen zu beraten und entsprechende Grundlagen, die zu Beschlüssen auf Landes- und Bundesebene führen, zu bearbeiten.

Zur Information ihrer Mitglieder führt die LSVB ein- bis zweimal jährlich eine Delegiertentagung durch. Daneben werden ihre Vorstandsmitglieder zu vielen Veranstaltungen eingeladen, um über verschiedene Themen zu referieren, wie z.B. Pflege, Spiel- und Sportparcours im Freien (Seniorenspielplätze) etc. Die LSVB ist in den sozialpolitischen Ausschuss des Landes eingebunden, wirkt im Landesgesundheitsrat und im Landespflegeausschuss mit. Im letzten Jahr war sie an der Entwicklung des Bayerischen Heimgesetzes beteiligt.

Veröffentlichungen

Vierteljährlich erscheint eine Verbandszeitschrift mit 500 – 700 Exemplaren (auch als pdf-Datei ver-

füßbar) für die Mitglieder, in der die Arbeit der kommunalen SV dargestellt wird. Darüber hinaus werden in ihr Tagungsberichte veröffentlicht und Schwerpunktthemen behandelt, wie z.B. Alzheimer, Pflege, Patientenverfügung etc. Zur Unterstützung der Bildung neuer SV im Land hat die LSVB eine Broschüre zum Thema „Wie gründe ich eine Seniorenvertretung“, die als pdf-Datei vorliegt, herausgegeben. 2008 wird eine eigene Homepage aufgebaut werden.

Kontakt

Landesseniorenvertretung Bayern

Münchener Str. 6
86551 Aichach

Tel.: 082 51 - 87 01 68
Fax: 082 51 - 89 25 86
E-Mail:
seniorenvertretung-bayern@t-online.de
www.stmas.bayern.de

Aichach

„Haus der Senioren“

Die Idee, ein „Haus der Senioren“ in Aichach einzurichten, ging vom örtlichen Seniorenbeirat aus. Ein Treffpunkt für Seniorinnen und Senioren sollte geschaffen werden, an dem ältere Menschen ihre Freizeit sinnvoll verbringen, sich treffen und austauschen können. Ein ehemaliges Tagelöhnerhaus schien geeignet und wurde mit finanziellen Mitteln von insgesamt 375.000,- €, die aus einer Erbschaft einer Aichacher Bürgerin, von der Stadt Aichach und vom Rotary-Club kamen, behindertengerecht umgebaut und renoviert. Neben Räumen für die verschiedenen Aktivitäten gibt es auch ein Computercafé.

Die Kommune hat die Trägerschaft übernommen. Die inhaltliche Konzeption

des Hauses wurde von einem ehrenamtlichen Kompetenzteam entwickelt. 2006 wurde das Haus eröffnet. Inzwischen hat es sich durch eine hauptamtliche Mitarbeiterin und viele ehrenamtliche Helfer zu einem lebendigen Treffpunkt für die Generation 50plus entwickelt. Die Angebotspalette reicht von Dia- und Filmvorträgen, Singen, Basteln, Spielen, Kinonachmittagen, Seniorentanz, Yoga- und Atemtechniken, Wandern, Schwimmen, Radfahren bis hin zu Englisch- und Computerkursen.

Die Wochenprogramme liegen in vielen örtlichen Geschäften und Behörden für Interessierte bereit. Vorschläge für weitere Aktivitäten und ehrenamtliches Engagement werden dankbar angenommen. So erweitern sich für die älteren Aichacher Bürgerinnen und Bürger nach und nach die Möglichkeiten, den Ruhestand aktiv zu gestalten.



19

Haus der Senioren

Tel.: 082 51 - 87 01 68
www.aichach.de/gesundheitswesen/haus_der_senioren.php

Puchheim

„Senioren-Schreibtisch“

Ältere Menschen haben jungen Menschen etwas voraus: Die erlebte Zeit. Eine gesellschaftlich und kulturell wichtige Aufgabe für ältere Menschen kann daher darin bestehen, diese erlebte Geschichte über den privaten Kreis hinaus weiterzugeben. In Puchheim hat diese Aufgabe der 1991 gegründete Seniorenbeirat (SB) übernommen. Der damalige Vorsitzende regte das Projekt an. Der erste Band der „Puchheimer Seniorenbücher“ enthielt noch unredigierte Texte: Erinnerungen, Begebenheiten, Zeitzeugenberichte, Gedichte usw. Die Gemeinde Puchheim finanzierte die Herausgabe vor und verkaufte die Bücher zum Selbstkostenpreis – alle zwei Jahre bis heute.

Im Laufe der Jahre erhöhten sich die Ansprüche an Inhalt und Qualität der Texte, zumal die Seniorenbücher als Präsente der Gemeinde bei besonderen Anlässen Gästen übergeben werden. Darauf hin hat ein Mitglied des Seniorenbeirats, eine Germanistin und

ehemalige Studienrätin, die Betreuung einer Gruppe „Schreibender“ übernommen. So konnte die Qualität der Texte erheblich verbessert werden. Aus dieser Gruppe hat sich vor drei Jahren der organisierte „Senioren-Schreibtisch“ mit 10 - 12 Frauen und Männern gebildet, die auch bei Seniorenveranstaltungen einige Texte lesen.

Bei der Herausgabe jedes Buches, inzwischen sind es sechs, wird eine öffentlichkeitswirksame Präsentation veranstaltet, auch Presse und Gemeindeblatt berichten. Die Bücher sind beliebte Geschenke und können in der Gemeindeverwaltung, Buchhandlung, gemeindlichen Seniorenveranstaltungen sowie bei Infoveranstaltungen des Seniorenbeirats erworben werden. Eine ganz besondere Würdigung hat diese Initiative mit dem Erhalt des Bayerischen - Bürgerkultur - Kultur - Preises des Bayerischen Landtags erfahren.

Seniorenbeirat Puchheim

Tel.: 089 - 80 15 40



Seniorenpolitik in Berlin

Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben im Land Berlin (Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz – BerlSenG)



Landesseniorenbeirat/ -vertretung Berlin

bindung und Mitwirkung älterer Menschen in allen Lebensbereichen. Sie sind Mittler zwischen älteren Bürgern und Bezirksamt sowie anderen Behörden, Institutionen und Einrichtungen.

Die Vorsitzenden der zwölf bezirklichen Seniorenvertretungen (BSV) bilden die Landesseniorenvertretung Berlin (LSVB). Die LSBV greift alle Anregungen, Fragen und Probleme auf, die durch die BSV an sie herangetragen werden. Sie berät diese und vertritt deren Interessen auf der Landesebene. Neben Öffentlichkeitsarbeit gehört es zu ihren Aufgaben, der Senatsverwaltung und den BSV über ihre Tätigkeit zu berichten. Sie entsendet zwölf Vertreter/innen in den Landesseniorenbeirat Berlin (LSBB) und schlägt zwölf weitere Vertreter/innen von Seniorenorganisationen zur Berufung in den LSBB vor. Die Arbeit der LSBV wird von der zuständigen Senatsverwaltung, insbesondere durch personelle Hilfen und die Bereitstellung von Büroräumen und technischer Ausstattung nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel unterstützt.

Interessenvertretung auf Landesebene

Der LSBB besteht aus 24 Mitgliedern: zwölf Vorsitzende der BSV und zwölf weitere Vertreter/innen von Seniorenorganisationen. Der LSBB berät das Abgeordnetenhaus von Berlin und den

Senat, insbesondere die zuständige Senatsverwaltung, in seniorenpolitisch wichtigen Fragen. Er tagt regelmäßig und leistet Öffentlichkeitsarbeit. Er informiert die Öffentlichkeit, insbesondere die Seniorenorganisationen, über die bearbeiteten Themen und unterstützt die Verbreitung von Wissen über Rechtsvorschriften, die Senioren besonders betreffen. Er informiert sich über die Umsetzung der Rechtsvorschriften vor Ort. Der LSBB berichtet der für Seniorinnen und Senioren zuständigen Senatsverwaltung jährlich schriftlich über seine Tätigkeit.

Kontakt

Landesseniorenvertretung
Berlin

Landesseniorenbeirat
Berlin

Neues Stadthaus
Parochialstr. 3
10179 Berlin

Tel./Fax: 030 - 200 92 27 34
E-Mail: fischerheidemarie@gmx.de
www.landesseniorenvertretung-berlin.de



Runder Tisch „Wohnen im Alter“

Die Seniorenvertretung des Bezirks Pankow hat das Thema „Wohnen im Alter“ zu einem Schwerpunktthema gemacht und führt seit 2001 jährlich einen Runden Tisch dazu durch. Partner an den Runden Tischen sind die zuständigen Bezirksstadträte, die

Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, die Träger der freien Altenarbeit und die Seniorinnen und Senioren. Die Themen haben sich mit den Jahren verändert. Geblieben ist aber die Sorge älterer Menschen, altengerechten Wohnraum bezahlen zu können. Runde-Tische-Themen waren u.a.:

- Wohnungsanpassung an die Bedürfnisse der älteren Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, um möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben zu können.
- Erhalt der Begegnungsstätten für Senioren, damit alte Menschen nicht vereinsamen. Die Wohnungsgenossenschaften in Berlin-Pankow konnten dazu bewegt werden, Räume kostenlos oder kostengünstig zur Verfügung zu stellen.
- Die Gestaltung des Wohnumfeldes ist für ältere Menschen von großer

Berlin-Pankow

Bedeutung. Die Forderung, gut beleuchtete und ebene Zugangswege sowie Bänke zu schaffen, bleibt aktuell.

- Alternative Wohnformen: Dazu gehört z.B. auch die Bereitschaft von Senioren, in einer Wohngemeinschaft zu leben. Vermieter sind zu überzeugen, geeigneten Wohnraum zur Verfügung stellen.
- Wo Arbeitsplätze fehlen, ziehen die Jungen weg, die Alten aber bleiben. Dort gilt es besonders gegen Einsamkeit im Alter mit neuen Formen des Miteinanders anzukämpfen.

Auch zukünftig bleibt das Thema „Wohnen im Alter“ für die Seniorenvertretung Berlin-Pankow aktuell, denn es gibt noch viel zu tun für die älteren Berlinerinnen und Berliner.

Berlin-Pankow

Seniorenforum „Seniorenfreundlicher Handel“

Die ältere Generation ist für den Handel eine wichtige Zielgruppe, jedoch ist es ihm noch nicht überall gelungen, sich auch auf die veränderten Bedürfnisse der älteren Menschen an die Rahmenbedingungen einzustellen. Deshalb hat die Seniorenvertretung Berlin-Pankow ein Forum „Seniorenfreundlicher Handel“ durchgeführt. 2008 wird ein weiteres folgen, denn hier gibt es noch viel zu verändern. Ziel ist es, den Handel darauf aufmerksam zu machen, dass der Kundenkreis immer älter wird und man auf die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen eingehen muss. Dazu gehört z.B., dass die Ware leicht erreichbar und übersichtlich angeordnet ist. Preise und weitere Produktinformationen sollten groß und deutlich geschrieben sein. Menschen mit Gehhilfen benötigen breitere Gänge, um sicher ans

Ziel zu kommen. Die Anprobekabinen müssen so groß sein, dass zwei Personen darin Platz finden, da Hilfen beim Aus- und Ankleiden oft notwendig sind. Bei älteren Menschen sehr willkommen sind in Geschäften und Kaufhäusern auch Sitzmöglichkeiten zum Ausruhen. Und nicht zuletzt müssten sich die Eingangstüren zu den Geschäften leicht (am besten automatisch) öffnen lassen, denn manche Senioren verfügen nicht mehr über die notwendige Kraft. Auch WCs sollten leicht erreichbar und vor allem groß und deutlich ausgeschildert sein. Die Liste ließe sich noch weiter fortführen.

Festzuhalten bleibt, dass die Seniorenvertretung Berlin-Pankow sich auch weiterhin beharrlich dafür einsetzen wird, dass der Handel seniorenfreundlichere Bedingungen für seine ältere Kundschaft entwickelt.



Seniorenvertretung Pankow von Berlin

Tel.: 030 - 902 95 52 16
E-Mail: H-H-Hampel@gmx.de



Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.



22



Die ersten Seniorenbeiräte im Land Brandenburg wurden in den Jahren 1992/1993 gegründet. Der Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. (SRLB) in seiner heutigen Form konstituierte sich erst 1998. Zu diesem Zeitpunkt bestanden im Land 116 Seniorenbeiräte. Der SRLB ist gemeinnützig und dadurch förderungsfähig. Er ist politisch, verbandlich und konfessionell unabhängig sowie demokratisch organisiert.

Schwerpunkte der Arbeit

Ein Schwerpunkt der Arbeit des SRLB ist die Umsetzung der Anfang 2007 von der Landesregierung beschlossenen Leitlinien der Seniorenpolitik „Alt werden im Land Brandenburg“, die der Arbeit der Kommunalvertretungen und Seniorenbeiräte Richtung und Ziel geben. Sie sind ein Resultat der guten Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) und dem SRLB. Diese Leitlinien müssen um eigene Ideen ergänzt und in den Städten und Gemeinden mit Leben gefüllt werden. Weitere Schwerpunkte sind die alljährliche Brandenburgische Seniorenwoche und Fachtagungen zu verschiedenen seniorenrelevanten Themen. Der SRLB

pflegt enge langjährige Kontakte zu polnischen Seniorenverbänden. Der SRLB gibt das Mitteilungsblatt „Wissen & Erfahrung“ heraus.

Entstehungsgeschichte

Bis zum SRLB war es ein langer Weg. Zunächst wurde 1993 anlässlich eines Gesprächs im MASGF auf Anregung von Seniorenverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege der „Landesseniorenbeirat“ gegründet. Seine Aufgabe war, das Land Brandenburg in allen Angelegenheiten mit dem Ziel ihrer vollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ihrer Integration zu beraten.

1994 folgte die Gründung eines „Vereins zur Förderung der Brandenburgischen Seniorenwoche“ mit dem Ziel, die Entwicklung von Veranstaltungen- und Aktionsprogrammen für die Seniorenwoche zu fördern und Verbände, Vereine und Kommunen zur Mithilfe zu aktivieren. 1996 gründeten die 83 bestehenden Seniorenbeiräte die „Landesseniorenvertretung Brandenburg e. V.“ In dieses Gremium wurden der Landesseniorenbeirat und der Verein zur Förderung der Brandenburgischen Seniorenwoche e.V. einbezogen.

Daraus gründete sich 1998 der „Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V.“ Damit ist erstmalig eine Strukturform geschaffen worden, in der ein große-

rer Kreis interessierter Seniorenverbände und -vereine, Seniorengruppen aus Parteien und Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden mit den Seniorenbeiräten der Kreise und kreisfreien Städte zusammengeführt wurde. Interessen- und Aktionsbündnisse sind entstanden, die die vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen ihrer Mitglieder zwecks gemeinsamer Initiativen und Projekte bündeln. Dadurch sollte die Wirksamkeit der Interessenvertretungen der Seniorinnen und Senioren gegenüber der Landesregierung und dem Landtag erhöht werden.

Kontakt

Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.

Heinrich-Mann-Allee 7
14473 Potsdam

Tel.: 0331 – 601 29 91
Fax: 0331 – 8 17 00 52
E-Mail: seniorenrat-brandenburg@t-online.de
www.seniorenratbrandenburg.de



Seniorenbeirat im Stadthaus Potsdam

Tel.: 0331 – 2 89 34 36
E-Mail: Seniorenbuero@Rathaus.Potsdam.de
www.Potsdam.de

Brandenburg

Nur gemeinsam sind wir stark

„Die Jugend ist besser als ihr Ruf und Senioren sind aktiv und leistungsfähig.“ Dies ist die Zwischenbilanz des Seniorenbeirates (SB) der Stadt Brandenburg a. d. Havel nach zwei Jahren des intergenerativen Dialogs. Begonnen hat alles damit, dass der Anteil älterer Menschen in der Stadt zunahm (31 % Senioren stehen 13,2% unter 18-Jährigen gegenüber) und es zwischen jüngeren und älteren Menschen immer wieder zu Missverständnissen kam. Um Toleranz und Verständnis füreinander zu fördern, ergriff der Seniorenbeirat die Initiative und nahm Kontakt zu verschiedenen Schulen auf, um mit Kindern und Jugendlichen Gespräche zu führen und

Potsdam

Zeitzeugenprojekt

Die Arbeitsgruppe (AG) „Zeitzeugen“ des Seniorenbeirates Potsdam besteht seit 1997. Zurzeit wirken darin sieben Frauen und drei Männer mit. Die AG sieht ihre Aufgabe darin, durch Erlebnisberichte, Erzählungen und manchmal auch Gedichte an einem realen Geschichtsbild mitzuwirken, denn oftmals verliefen die individuellen Biografien anders, als sie in Vergangenheit und Gegenwart dargestellt werden. Wenngleich die Erlebnisse und Erinnerungen subjektiv sind, so bemühen sich die Mitglieder der AG „Zeitzeugen“ im Austausch miteinander doch um eine objektive Betrachtung der Ereignisse.

Das Zeitzeugenprojekt fand von Beginn an viel Interesse in der Öffentlichkeit. Bereits 1998 wurde die Leiterin, Lieselotte Günther, als eine von zehn Bürgerinnen und Bürgern von der damaligen

Sozialministerin Dr. Regine Hildebrand ausgezeichnet. Im gleichen Jahr erschien der erste Zeitzeugenbericht in einer örtlichen Tageszeitung, weitere folgten. Darüber hinaus entstanden intensive Kontakte zu Schulen und Fachhochschulen. Die Kooperationen trugen Früchte. So sind z.B. in einer Veröffentlichung der AG „Zeitzeugen“ auch Beiträge von Schülern zu lesen. Insgesamt sind bisher neun Anthologien mit 283 Beiträgen erschienen. Die Publikationen wurden unterstützt durch den Seniorenbeirat und durch den Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren der Stadt Potsdam.

Neben der Dokumentation von erlebter Geschichte entstanden weitere Texte, die bei literarisch-musikalischen Lesungen in Begegnungsstätten und Clubs vorgetragen werden. Seit 2002 wurden die Mitglieder der AG „Zeitzeugen“ 29 Mal zu Lesungen eingeladen.

23



auszuloten, wie man miteinander umgehen müsste, damit die Stadt für alle Generationen lebenswert bleibt.

In zwei Gymnasien und einer Gesamtschule wurden Dialoge mit Schülerinnen und Schülern über Wertefragen geführt. Themen waren Mut, Zivilcourage, Autoritäten und Persönlichkeiten, Lebensplanung und das Verhältnis zur Familie, aber auch Straßenverkehrsordnung und Graffiti in der Stadt. Zwischen einem weiteren Gymnasium und dem SB wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen: Schüler geben seit zwei Jahren Älteren Computerkurse, im Gegenzug vermit-

teln Senioren den Jugendlichen ihre Kochkünste. Gemeinsam besuchten sie den Potsdamer Landtag und diskutierten mit Abgeordneten. Weitere Kooperationsverträge bestehen mit dem „Verband für Gewaltprävention“ – hier waren jüngere Kinder Diskussionspartner – und einem Oberstufenzentrum, in dem Lehrlinge ausgebildet werden, mit denen auch gemeinsam gekocht und gebacken wurde.

Fazit: Trotz der Unterschiede zwischen den Generationen, gibt es doch auch viele Gemeinsamkeiten.

Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg

14776 Brandenburg an der Havel
Tel.: 033 81 – 66 17 59



Landesseniorenvertretung Bremen



24



Die Landesseniorenvertretung Bremen (LSVB) besteht aus 3 Mitgliedern des Vorstands der Senioren-Vertretung in der Stadtgemeinde Bremen (SVB) und 2 Mitgliedern des Vorstands des Seniorenbeirates der Seestadt Bremerhaven (SBBH). Sie hat die Aufgabe, die Interessen von ca. 178.000 Seniorinnen und Senioren im Land Bremen auf Bundesebene sowie im internationalen Rahmen zu vertreten, die Arbeit der beiden Seniorenvertretungen zu koordinieren und bei der Planung von Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene mitzuwirken. Die Wahrnehmung aller Aufgaben erfolgt ehrenamtlich und unabhängig.

Die SVB und der SBBH sind die politischen Interessenvertretungen der Bürger/innen im Land Bremen im Alter von 60 Jahren und älter. Für die SVB werden im Rahmen der Bürgerschaftswahlen alle vier Jahre 20 Delegierte von der Deputation für Soziales und 30 von den Wohlfahrtsverbänden entsendet. Die weiteren Vertreter werden von den Ortsamtsbeiräten auf der Basis von jeweils einem Delegierten für 4.000 ältere Menschen in ihrem Stadtteil gewählt. Dem SBBH gehören Delegierte aus den Seniorentreffpunkten, den Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, politischen Parteien, Kirchen und gemeinnützigen Organisationen an.

Weitere Aufgabenbereiche

Die LSBV vertritt die Interessen der Bremer Seniorengeneration gegenüber dem Parlament, den Verwaltungen, Parteien, Verbänden und Vereinen in der Öffentlichkeit, nimmt Anregungen entgegen, sucht den konstruktiven Dialog mit verantwortlichen Entscheidungsträgern und setzt sich für altersspezifische Belange ein. Sie beschäftigt sich mit grundsätzlichen politischen und gesellschaftlichen Fragen, um die aktive Teilhabe der Seniorengeneration an der Gestaltung der Gesellschaft zu fördern. Die LSBV ist Ansprechpartner, Vermittler und Ratgeber für ältere Menschen und bietet Interessierten auch die Gelegenheit, an der Lösung anstehender Probleme mitzuwirken. Einmal monatlich erscheint der „Durchblick“, das Mitteilungsblatt der LSBV.

Facharbeitskreise

Spezifische Einzelthemen werden in den Facharbeitskreisen „Programme und Öffentlichkeitsarbeit“, „Bauen, Wohnen und Verkehr“, „Gesundheit“ sowie „Politik“ bearbeitet. Ihre Ergebnisse, Beschlüsse und Anträge werden an die Delegiertenversammlung und den Vorstand weitergegeben, der sie dann nach außen vertritt, insbesondere bei den senatorischen Dienststellen oder im politischen Raum.

Arbeitsfeld Bürgerschaftliches Engagement

Die Programme im Arbeitsfeld „Bürgerschaftliches Engagement“ stehen allen interessierten Bremer Seniorinnen und Senioren zur Mitwirkung bei gesellschaftspolitischen Anliegen und der Bewältigung von Gemeinschaftsaufgaben offen. Da geht es z.B. um die Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei (Zeugeneinsatz bei Hausdurchsuchungen), um die Unterstützung von Schülerlotsen, um das Projekt „Leselust“ (Vorlesestunden in Schulen), Mitarbeit in Bibliotheken, um die Tätigkeit als Heimförsprecher/in, um Weiterbildung in der Seniorenarbeit und um Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

Kontakt

Landesseniorenvertretung Bremen

Tivoli-Hochhaus
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen

Tel.: 0421 – 3 61 67 69
Fax: 0421 – 3 61 22 75
E-Mail: seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.bremen.de

Bremen

„Leselust“

Der Arbeitskreis „Programm- und Öffentlichkeitsarbeit“ der Seniorenvertretung (SV) in der Stadtgemeinde Bremen führt u.a. das Projekt „Leselust“ durch. Damit arbeitet die SV dem Programm „BremerLeselust“ zu, das ursprünglich von der Bremischen Bürgerschaft, der Stadtbibliothek Bremen, der Bremer Literaturstiftung, der Bürgerstiftung Bremen, der Handelskammer Bremen und dem Literaturforum Bremen ins Leben gerufen wurde.

Prominente Bremer und andere Bürger nehmen an der „BremerLeselust“ teil. Die SV hat eine Reihe von Seniorinnen und Senioren aktiviert, die sich in Schulen und Kindergärten als Vorleser zur Verfügung stellen, einige bis zu viermal pro Woche. In der Regel wird in den Klassenzimmern der Schulen vorgelesen. Gelegentlich finden Sonderaktionen statt, wie z.B. Lesungen in einer fahrenden Straßenbahn.



25

Landesseniorenvertretung Bremen

Tel.: 0421 – 3 61 67 69
E-Mail: seniorenvertretung@soziales.bremen.de



Öffentlichkeitsarbeit in der Praxis: „Informationsstand“ aktiviert Bürgerinnen und Bürger

Mit dem Projekt „Informationsstand“ präsentieren Mitglieder der Seniorenvertretung (SV) dieses Gremium und seine Aktivitäten bei vielen Veranstaltungen kompetent und professionell.

Der Stand lädt ein und motiviert: Hier werden Gespräche geführt, Informationsbroschüren verteilt und die Arbeit mittels einer Bildschirmpräsentation lebendig dargestellt. Der Informationsstand bietet die Gelegenheit, Seniorinnen und Senioren, die die verschiedenen Veranstaltungen besuchen, für eine Mitarbeit in Projekten, die nicht den Mitgliedern der SV vorbehalten sind, zu werben. Dies geschieht z.B. beim „Markt der Möglichkeiten“, der von der Freiwilligenagentur veranstaltet wird. Hierbei haben die Bemühungen, ältere Menschen für freiwillige und ehrenamtliche Projektarbeit in den Programmen der SV zu begeistern und zu aktivieren, sehr gute Ergebnisse erzielt. Besonders erfolgreiche Beispiele der Aktivitäten der SV sind die ca. 200 Einsätze der Seniorinnen und Senioren im

Rahmen des Projekts „Verkehrs- und Sicherheitshelfer“. Hierbei sind die Aktiven in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei als Zeugen bei Hausdurchsuchungen, mit den Kontaktbeamten der Polizei als Schülerlotsen während der Einschulungsphase der Erstklässler und als Sicherheitsberater in Heimen und auf Wochenmärkten tätig. Ein weiteres Einsatzfeld für ehrenamtliche Helfer sind Schulbibliotheken. Hier sind zurzeit ca. 60 ältere Menschen tätig. Ohne sie wären diese Einrichtungen aufgrund von Etatkürzungen geschlossen worden. Ein weiteres Projekt, das großes Interesse fand, waren Computerkurse für Seniorinnen und Senioren. In Zusammenarbeit mit zwei Schulen sind ca. 250 Senioren von kompetenten Schülern am Computer ausgebildet worden.



Landes-Seniorenbeirat Hamburg



1980 wurden in Hamburg der Landes-Seniorenbeirat (LSB) und die sieben Bezirks-Seniorenbeiräte gegründet. Grundlage der Arbeit ist die Anordnung des Senats zur Einrichtung von Seniorenvertretungen aus dem Jahr 1979. Darin wurde verfügt, dass die Älteren selbst ihre Belange in der Öffentlichkeit, bei der Verwaltung und im parlamentarischen Raum vertreten. Die Senatsanordnung legt das Wahlverfahren für die Seniorenbeiräte, die vierjährige Amtszeit und die Mitwirkungs- und Anhörungsrechte fest.

Sieben Verwaltungsbezirke bilden in Hamburg die kommunale Ebene. In jedem der Bezirke entsenden Seniorentreffpunkte und -kreise, Pflegeeinrichtungen, Seniorenwohnanlagen usw. Vertreterinnen und Vertreter in die Seniorendelegiertenversammlungen. Aus ihren Reihen wählen sie dann die 15 Mitglieder umfassenden Bezirks-Seniorenbeiräte (BSB). Jeder BSB wählt eine Person in den Landes-Seniorenbeirat. Acht weitere Mitglieder, die überregionale Erfahrung in der Seniorenarbeit mitbringen, werden auf Vorschlag von Senioreneinrichtungen vom Präses der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz berufen. Dieses Plenum des

LSB wählt den fünfköpfigen Landesvorstand. Die 113 Mitglieder der Beiräte engagieren sich ehrenamtlich; ca. 650 Personen bilden in den Delegiertenversammlungen die Basis der Hamburger Interessenvertretung.

Praktische Arbeit und Themenfelder

Die personelle Zusammensetzung des LSB mit je einem BSB-Mitglied gewährleistet den laufenden Informationsaustausch und eine gute Verzahnung. Als ‚Sprachrohr‘ der älteren Generation werden zunächst intern die Positionen und Forderungen abgestimmt. Auf Landesebene sind sieben Fachgruppen aktiv, in denen Bezirks- und Landes-Seniorenbeiräte eng zusammenarbeiten und Projekte vorbereiten. Die Fachgruppen bearbeiten folgende Themenfelder: ambulante und stationäre Pflege, ältere Migranten, Bildung und Kultur, Gesundheit und Sport, Sicherheit und Verkehr, Wohnen im Alter sowie Öffentlichkeitsarbeit. Regelmäßig führt der LSB Fortbildungsseminare für die Beiräte durch. In gut 25 Gremien in der Hansestadt ist der LSB institutionell vertreten. Seine Geschäftsstelle, die der Sozialbehörde zugeordnet ist, berät und koordiniert den Transfer der Ergebnisse.

Schwerpunkte der Arbeit

Der LSB hat sich ein ‚Leitbild‘ gegeben,

das die Menschenwürde und Lebensqualität aller Älteren und ein realistisches Altersbild als übergeordnete Zielsetzungen nennt. Einen hohen Stellenwert haben Projekte, die die Rahmenbedingungen für eine aktive Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase verbessern und Impulse für eine seniorengerechte Infrastruktur geben.

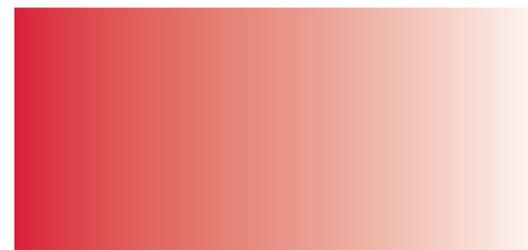
Zum Thema Pflege hat der LSB Forderungen an das neue Landesheimgesetz formuliert. Ein Pilotprojekt zur Stärkung der Heimmitwirkung lädt zu moderierten Treffpunkten ‚Leben im Heim‘ ein. Um die Seniorentreffs zukunftsfähig weiter zu entwickeln, arbeitet der LSB mit den Trägern und der Behörde an Konzepten für neue Angebote, um jüngere Alte und ältere Migrantinnen und Migranten verstärkt einzubeziehen.

Kontakt

Landes-Seniorenbeirat Hamburg

Heinrich-Hertz-Straße 90
22085 Hamburg

Tel.: 040 – 4 28 63 19 34
Fax: 040 – 4 28 63 46 29
E-Mail: lsb@lsb-hamburg.de
www.lsb-hamburg.de



Hamburg

Mehr Barrierefreiheit durch gemeinsames Handeln

Barrierefreiheit als wesentliche Voraussetzung für die selbst bestimmte Gestaltung des Lebensalltages und für die Teilhabe am öffentlichen Leben ist für alle wichtig, besonders aber für behinderte und ältere Menschen.

Um in Hamburg Politiker und Verwaltung zu einer zügigeren Umsetzung einer umfassenden Barrierefreiheit zu bewegen, haben im September 2006 der Senatskoordinator für die Gleichstellung behinderter Menschen, der Verein „Barrierefrei Leben“ – er betreibt seit Jahren mit Erfolg das über Hamburgs Grenzen hinaus bekannte „Beratungszentrum für Technische Hilfen“ – und der Landes-Seniorenbeirat Hamburg eine engere Kooperation vereinbart.

Die gemeinsam veranstaltete Tagung „Barrierefrei Bauen in der Stadt Hamburg“ im Oktober 2006 machte die Öffentlichkeit anhand vorbildlicher baulicher Anlagen in Hamburg und Stockholm und in anschließenden Gesprächsrunden ausführlich auf die Bedeutung der Barrierefreiheit für alle Stadtbewohner aufmerksam.

Der von den drei Kooperationspartnern gebildete Arbeitskreis mit der Möglichkeit, in die Planungsphase aller Neu- und Umbauten öffentlicher Einrichtungen die Belange behinderter und älterer Menschen einzubringen, hat sich bereits bewährt. Für die „Elbphilharmonie“, die öffentlichen Platzanlagen und U-Bahnstationen in der neuen „Hafencity“ sowie für die Umrüstung bestehender U- und S-Bahnstationen konnte er wesentliche Hinweise für ihre barrierefreie Ausführung geben.

Landes-Seniorenbeirat Hamburg

Tel.: 040 – 4 28 63 19 34
E-Mail: lsb@lsb-hamburg.de

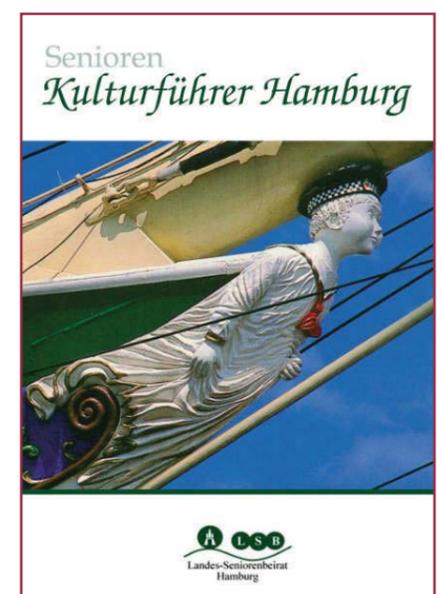
Wegweisende Broschüre „Senioren Kulturführer“

Die LSB-Fachgruppe „Bildung und Kultur“ verfolgt seit längerem das Anliegen, die Teilhabe Älterer an der kulturellen Vielfalt Hamburgs zu erleichtern. Zentrale Frage ist, inwieweit die Kulturstätten in der Hansestadt auf die Erfordernisse und Wünsche älterer Mitbürger eingestellt sind? Dazu wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet mit Aspekten wie Wohnortnähe, gute Erreichbarkeit, Barrierefreiheit, bezahlbare Eintrittspreise und Tagesangebote. So entstand die Idee, einen Kulturführer herauszugeben, der gezielt zu diesen Aspekten, ohne jedwede Bewertung der Programminhalte, Auskunft gibt.

Im Februar 2007 wurde der Senioren Kulturführer der Presse und vielen Multiplikatoren präsentiert (siehe Foto links oben: LSB-Vorsitzende Irmgard Wolff (li.) und Kultursenatorin Prof. Dr. Karin von Welck). Die Broschüre porträtiert auf 150 Seiten nahezu alle Theater,

Museen, Stadtteilkulturzentren sowie einige Kinos, Musik- und Literaturveranstaltungsorte. Infokästen zu jedem der 140 Anbieter orientieren über U-/S-Bahn-Anbindung und Bus, Zugänglichkeit, Preisermäßigung für Senioren sowie über Vor- und Nachmittagvorstellungen.

Alle Redaktions- und Grafikleistungen wurden unentgeltlich vom Arbeitsmarktprojekt Hamburger Medienpool übernommen. Die Druckkosten konnten durch Anzeigen aufgebracht werden. Die kostenlose Broschüre mit einer Startauflage von 10.000 Stück war nach kurzer Zeit vergriffen. 7.000 Exemplare konnten nachgedruckt werden. Die Anliegen, sowohl der älteren Generation eine gezielte Kulturauswahl zu ermöglichen, als auch Kulturanbieter für die Erfordernisse der Senioren zu sensibilisieren, wurden erreicht.





Landesseniorenvertretung Hessen e.V.



Landesseniorenvertretung Hessen e. V.

Die Landesseniorenvertretung Hessen e. V. (LSVH) ist der freiwillige Zusammenschluss der in hessischen Städten, Gemeinden und Landkreisen gebildeten Seniorenvertretungen. Die LSVH ist parteipolitisch neutral, überkonfessionell und verbandsunabhängig. Die Gründung erfolgte im Jahr 1986. Die ersten Seniorenvertretungen wurden in Hessen 1976 gebildet.

Der Vorstand besteht aus elf Personen. Die Vorstandsmitglieder halten Kontakte zu den kommunalen Seniorenvertretungen in Hessen und nehmen an überregionalen Veranstaltungen zur Altenpolitik teil. Sie setzen sich ehrenamtlich für die Steigerung der Lebensqualität im Alter ein und wirken bei der Lösung von Problemen mit. Die LSVH hat eine Geschäftsstelle in Wiesbaden.

Weiterbildung

Jährlich stattfindende Seminare, Workshops und Regionaltagungen für Mitglieder kommunaler Seniorenvertretungen bieten ein breites Weiterbildungsangebot.

Ziele und Aufgaben

Die LSVH ist die Interessenvertretung

älterer Menschen auf Landesebene. Die Landesregierung beteiligt sie in allen Angelegenheiten des Landes, die diese Interessen in besonderer Weise betreffen. Ansprechpartner der LSVH ist das für Seniorenpolitik zuständige Ressort der hessischen Landesregierung.

Eine weitere wichtige Aufgabe sieht die LSVH in der Unterstützung bestehender und in der Hilfe zur Gründung neuer kommunaler Seniorenvertretungen. Die Empfehlungen der LSVH zur Gründung von Seniorenvertretungen sind verfügbar unter www.sozialnetz.de/lsvh im Abschnitt „Aufgaben und Ziele“.

Die LSVH unterhält keine eigenen Einrichtungen der Altenhilfe. Sie fördert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die zu einer Verbesserung der Situation der Altenhilfe in Hessen beitragen.

Mitgliedschaft

Mitglied der LSVH kann jede in Gemeinden, Städten und Landkreisen bestehende Seniorenvertretung werden. Der Vorstand der LSVH entscheidet über die Aufnahme von Seniorenvertretungen auf kommunaler Ebene in eigener Zuständigkeit. Derzeit sind 116 kommunale Seniorenvertretungen Mitglied der LSVH (Stand Ende 2007). Über die BAG LSV besteht auch eine Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der

Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und europäischen Zusammenschlüssen von Seniorenorganisationen.

Zusammenarbeit

Die LSVH ist Ansprechpartner für alle Institutionen, Verbände und Gruppen, die sich mit speziellen Angelegenheiten und Problemen älterer Menschen befassen. Sie vertritt die Interessen dieser Generation einschließlich der älteren Heimbewohner und Pflegebedürftigen gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und den Ministerien, den politischen Parteien, den kommunalen Spitzenverbänden, den überregionalen sozialen und gesellschaftlichen Verbänden und Institutionen sowie der Öffentlichkeit.

Kontakt

Landesseniorenvertretung Hessen e.V.

Feuerbachstraße 33
65195 Wiesbaden

Tel.: 0611 – 9 88 71 19
Fax: 0611 – 9 88 71 24
E-Mail: lsvhessen@t-online.de
www.sozialnetz.de/lsvh

Darmstadt

Wo ältere Kunden willkommen sind

Seit 2006 verleiht der Seniorenrat Darmstadt e. V. (SR) das Zertifikat „Seniorenfreundlicher Betrieb“ und leistet damit einen weiteren Beitrag zu Steigerung der Seniorenfreundlichkeit der Kommune. Hintergrund für dieses Projekt ist die Abwanderung von Geschäften und Dienstleistungsbetrieben aus Wohngebieten, welche bisher die Bedürfnisse alter Menschen berücksichtigt haben. Dieser Trend zum mobilen Verbraucher soll gestoppt werden. Andererseits gibt es bereits Betriebe, die seniorengerechte Lösungen, Produkte und Dienstleistungen sensibel und einfallreich anbieten. Diese Entwicklung soll gefördert und unterstützt werden.

Der SR hat deshalb die Initiative ergriffen und eine Kriterienliste zur Zertifizierung für einen seniorenfreundlichen Kundenservice erstellt. Pluspunkte gibt es für Personal, das sich umfassend um die älteren Kunden kümmert, nie die Geduld verliert, ihnen Ware bringt und auch bei der Anprobe hilft. Die Waren sollen gut ausgeschildert und bargeldlos zu bezahlen sein. Als weitere Pluspunkte zählen u. a. die gute Erreichbarkeit und Begehrbarkeit des Geschäfts, helle Beleuchtung, kostenloser Lieferservice, Sitzgelegenheiten, Erreichbarkeit von Toiletten und das Anbieten eines Glases Wasser. Es wird auch Wert darauf gelegt, dass die Betriebe bereit sind, ältere Mitarbeiter zu beschäftigen.

Zertifiziert wurden bisher Apotheken,



Ärzte, Sparkasse, Stadtbibliothek, Handwerksbetriebe, ein Möbelgeschäft, eine Wäscherei, ein Gemüseladen, eine Metzgerei, ein Bettengeschäft und andere. Das Zertifikat wird für ein Jahr verliehen und kann nach Überprüfung verlängert werden.

Seniorenrat Darmstadt e. V.

Tel.: 061 51 – 42 17 20
E-Mail: isselmann@t-online.de

Frankenberg

Generationsübergreifender Spiel- und Bewegungsplatz

2007 eröffneten Kinder einer Tagesstätte, Übungsleiterinnen, der Seniorenbeirat, Mitglieder der Seniorenclubs und der Bürgermeister den „Generationsübergreifenden Spiel- und Bewegungsplatz“ in Frankenberg. Das neue Angebot bietet einen Platz zum Spielen und zum Bewegen und kann von allen Menschen in Frankenberg genutzt werden. Er soll als informeller Treffpunkt dienen. Als Park mit Grünflächen, Bewaldung, einem Teich, einem Kneipp-Becken und einem Kinderspielplatz erfüllt das Gelände die Voraussetzungen für einen Naherholungsort.

Der altersunabhängige Spiel- und Bewegungsplatz verfolgt das Ziel, verschiedene Generationen einander näher zu

bringen. Begegnung, Vitalität und Fitness sollen für alle gefördert werden. Die Frankenberger wollen mit diesem Angebot etwas für Familien im weitesten Sinne tun. Denn „Familie“ wird umfassend verstanden. Es gehören alle dazu, die füreinander Verantwortung tragen, so auch die älteren Menschen. Mit dem Angebot wird den Veränderungen in der Gesellschaft, die durch erhöhte Mobilitätsanforderungen und demografische Veränderungen zu einem Wandel der Strukturen führen, begegnet. Orte der Bewegung und der Aktivität, wie z. B. ein Spiel- und Bewegungsplatz bieten sich an, um Menschen zusammenzubringen, die sich sonst nicht mehr unbedingt begegnen würden. So entstehen Kontakte, Begegnungen und sicher auch Verbindungen. Frankenberg geht damit auf den Trend einer älter werdenden Gesellschaft und auf den Bedarf nach Kontakt und Austausch der Generationen ein – der Seniorenbeirat gehört dabei selbstverständlich dazu.



© Frankenberger Zeitung

Stadtverwaltung Frankenberg (Eder)/Familienbüro

Tel.: 064 51 – 50 51 17
E-Mail: neuschaefer.daniela@frankenberg.de



Landesseniorenbeirat Mecklenburg – Vorpommern e.V.



Rügen

Seniorenstrukturkonzept wird verwirklicht

Seit 2006 verfügt der Landkreis Rügen über ein Seniorenstrukturkonzept. Initiator war der Seniorenbeirat Landkreis Rügen (SBR), der im Kreistag einen entsprechenden Beschluss erwirkte. Die stellvertretende Landrätin wurde mit der Konzeptentwicklung beauftragt. Hintergrund war einerseits, dass die Altenplanung nicht mehr fortgeschrieben wurde und andererseits die Fortschreibung des Landesseniorenprogramms "Älter werden in M-V" durch das Sozialministerium des Landes erfolgen sollte.

Der SBR unterstützte die Erstellung des Seniorenstrukturkonzeptes durch eine Gliederung, wesentliche inhalt-

liche Empfehlungen, Vorschläge und Positionen, die als Diskussionsgrundlage in den Fraktionen und in einer Arbeitsgruppe dienten. Darüber hinaus lieferte das Konzept neu ermitteltes Datenmaterial z.B. zu den Bereichen: Wohnen, Mobilität, Dienstleistungen, Verkehr und gesundheitliche Versorgung. Wichtig war dem SBR vor allem auch die Darstellung der Seniorenbeiräte als anerkannte Interessenvertretungen gegenüber dem Kreistag, der Kreisverwaltung, den Kommunen sowie der Öffentlichkeit.

Die Handlungsempfehlungen für die Seniorenpolitik auf Rügen sind nicht nur für die Kommunen und Verwaltungen sehr gute Entscheidungshilfen, sondern sie helfen auch den Seniorenbeiräten künftig die Potentiale der Seniorinnen und Senioren noch stärker zu nutzen. Dank der umsichtigen konzeptionellen Arbeit aller Beteiligten steht nun eine Vielzahl von Informationen für die weitere Seniorenpolitik zur Verfügung.

Seniorenbeirat Landkreis Rügen

Tel.: 038 38 – 81 30

Stralsund

Seniorenbeirat arbeitet am Leitbild mit

Als im November 2005 mit der Erarbeitung eines Leitbildes für die Hansestadt Stralsund begonnen wurde, hat sich der Seniorenbeirat (SB) der Stadt zu Wort gemeldet und an der Erarbeitung des Leitbildes, das am 30. Mai 2007 von der Bürgerschaft beschlossen wurde, mitgewirkt. Der Vorsitzende des Seniorenbeirats und der Beisitzer für Öffentlichkeitsarbeit, brachten ihre Vorstellungen in den Arbeitskreis "Soziales und Demografie" ein. Ein weiteres Mitglied des Seniorenbeirats wirkte im Arbeitskreis "Bildung und Kultur" mit.

Dieses ehrenamtliche Engagement spiegelt sich im Leitbild, das als Handlungsrichtlinie für die zukünftige

Stadtentwicklung gesehen wird, wider. So wird im Abschnitt "Lebensqualität" festgeschrieben, dass Stralsund eine seniorenfreundliche Stadt ist. Als ein mögliches Projektbeispiel zur weiteren Entwicklung der Seniorenfreundlichkeit wird die Schaffung eines Mehr-Generationen-Tauschhauses vorgeschlagen. Aber auch an vielen anderen Stellen des Leitbildes finden die besonderen Bedürfnisse der älteren Einwohner der Stadt ihre Berücksichtigung. Stralsund beginnt auf diesem Weg nicht bei der Stunde Null. Die Hansestadt hat 2007 im Landeswettbewerb um den Titel "Seniorenfreundlichste Kommune" in der Kategorie III hinter Neustrelitz den 2. Platz errungen.

„Die Hansestadt Stralsund hat sich mit derzeit 34,5 % Seniorenanteil auf

die Entwicklung des demografischen Wandels der älteren Einwohner eingestellt und zieht alle Register für eine attraktive Stadt.“, blickt Peter Fürst, Leiter des Sozialamtes, auf die Herausforderungen der nächsten Jahre voraus. Im Hinblick auf den Wettbewerb sagte er überzeugt „Stralsund hat gute Chancen und wird mit und ohne Titel immer eine seniorenfreundliche Stadt sein und bleiben.“



Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund

Tel.: 038 31 – 30 20 18
E-Mail: seniorenbeirat-stralsund@web.de
www.seniorenbeirat-stralsund.de

Weiterführung des Wettbewerbs „Seniorenfreundlichste Kommune“ auf Landesebene einsetzen.

Im Juni 2009 wird unter Mitwirkung von 71 Delegierten aus Seniorenorganisationen des Bundeslandes wieder ein Altenparlament stattfinden. In Form von Leitträgen werden die Themen „Altersarmut“, „Gesundheitsprävention und Rehabilitation“ sowie „Partizipation der älteren Generation in Mecklenburg-Vorpommern“ aufgegriffen und entsprechende Forderungen und Lösungsansätze an den Landtag und die Landesregierung geleitet. Gespräche zur Umsetzung der gefassten Beschlüsse werden entsprechend einem Auftrag der Delegierten durch den Landesseniorenbeirat mit dem Landtag und der Landesregierung geführt.

Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und zur fachlichen Weiterbildung. Die gemeinsame Arbeit der Seniorenorganisationen des Landes wird durch den LSB M-V durch halbjährliche Kooperationstreffen gesteuert. Zweimal im Jahr finden außerdem Regionaltreffen zur Koordinierung der Arbeit der Kreisverwaltungen und der Kreissenorenbeiräte gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales und Gesundheit in vier Regionen des Landes statt. Eine weitere Aufgabe ist es, vierteljährlich in der Zeitschrift „Seniorenkurier“ über Belange und Probleme älterer Menschen zu informieren, über die Arbeit und die Erfahrungen der Seniorenbeiräte sowie des Vorstandes zu berichten.

Aktivitäten

Die Partizipation der älteren Generation an Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen steht im Mittelpunkt der Aktivitäten des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e.V. Deshalb unterstützt er die Umsetzung des unter Federführung der BAGSO erarbeiteten Memorandums „Mitgestalten und Mitentscheiden - Ältere Menschen in Kommunen“, indem weitere Kommunen dazu ermuntert werden, Seniorenbeiräte zu bilden. Die bisher tätigen Seniorenbeiräte haben – auch nach Aussagen von kommunalen Entscheidungsträgern – maßgeblich zur Seniorenfreundlichkeit von Kommunen beigetragen. Der Landesseniorenbeirat wird sich für die

Kontakt

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Haus der Begegnung
Perleberger Straße 22
19063 Schwerin

Tel.: 0385 – 5 55 79 70
Fax: 0385 – 5 55 89 61
E-Mail:
lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de



Nachdem in den Jahren 1993 und 1994 in größeren Städten Mecklenburg - Vorpommerns (M-V) kommunale Seniorenvertretungen gegründet waren, konstituierte sich im November 1994 der Landesseniorenbeirat. Seit 2002 ist er als gemeinnütziger Verein eingetragen. In ihm sind die 18 Seniorenbeiräte der Landkreise und kreisfreien Städte vertreten. Insgesamt arbeiten in M-V 63 kommunale Seniorenbeiräte. Der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V. (LSB M-V) berät den Landtag und seine Ausschüsse, die Landesregierung, die kommunalen Spitzenverbände zu seniorenpolitischen Themen und unterrichtet die Öffentlichkeit über die Anliegen älterer Menschen, insbesondere unter dem Aspekt der Gestaltung der demografischen Entwicklung im Land.

Aufgaben

Der LSB M-V wirkt maßgeblich an der Umsetzung des Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ mit. Er ist führend beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung der Altenparlamente im Land. Darüber hinaus unterstützt er die Arbeit der kommunalen Seniorenbeiräte und organisiert



Landesseniorenrat Niedersachsen e.V.



32



um für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit. Der LSR N arbeitet in verschiedenen Gremien des Landes Niedersachsen mit, wie z.B. im Landespflegeausschuss, im Niedersachsenring, im Landespräventionsrat, in der Landesinitiative Niedersachsen für den generationengerechten Alltag (LINGA) und in der Landesvereinigung für Gesundheit. Für seine Mitglieder bietet der LSRN pro Jahr ein bis zwei Fortbildungen bzw. Schulungen durch Fachreferenten an, etwa zu Themen wie: Pflege, Heimrecht, Palliativmedizin.

Aktuelle Schwerpunkte

Der LSR N hat in der Enquete-Kommission des Niedersächsischen Landtages zum demografischen Wandel Stellung genommen und dabei besonders auf die schwierige Versorgungslage in den ländlichen Gebieten hingewiesen. Darüber hinaus ist der LSR N bestrebt, zu einer gesetzlichen Regelung für Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben zu gelangen. Er orientiert sich dabei auch am Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz. Weitere Schwerpunkte sind die Pflegegesetzgebung, die Umsetzung der Heimgesetzgebung in Niedersächsisches Landesrecht und die Initiative der Landesregierung, Seniorservicebüros zu schaffen, die den Seniorinnen und Senioren

Aufgaben

Zu den Aufgaben des LSR N gehören die Beratung der Mitglieder und die Pflege der Kontakte zum Niedersächsischen Landtag sowie zum Niedersächsischen Ministeri-

unabhängige Beratung aus einer Hand in allen Fragen des Alters bieten sollen.

Förderung durch das Land

Der LSRN erhält vom niedersächsischen Sozialministerium eine Förderung. Damit kann den kommunalen SV eine kostenlose Mitgliedschaft ermöglicht sowie eine Geschäftsstelle betrieben werden.

Kontakt

Landesseniorenrat
Niedersachsen e.V.

Odeonstraße 12
30159 Hannover

Tel.: 0511 – 1 23 64 25
Fax: 0511 – 1 23 64 29
E-Mail: lsr-nds@freenet.de
www.landesseniorenrat-nds.de

Schöningen

Sport- und Spielparcours im Freien für ältere Menschen

Sport und Spiel sind keine Frage des Alters. Das wussten schon die Chinesen, die in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts Grünflächen zur sportlichen Betätigung zur Verfügung stellten. Besonders ältere Menschen nahmen und nehmen bis heute diese Möglichkeit gerne wahr. In den 90er Jahren kam die Idee nach Deutschland und wurde als „Seniorenspielplatz“ auf Initiative des örtlichen Seniorenbeirats in Schöningen erstmals umgesetzt. Das Beispiel hat inzwischen Schule gemacht. So hat z.B. Berlin inzwischen auch einen so genannten „Seniorenspielplatz“, andere Städte überlegen, wie sich das Konzept bei ihnen verwirklichen lässt.

In Schöningen hat die Kommune ein ungenutztes Gartengrundstück bereit gestellt. Ziel des Projekts ist die Förderung der Kontakte der Generationen untereinander, des Seniorsports und der gemeinsamen Freizeitgestaltung. Der Seniorenspielplatz, der ehrenamtlich geleitet wird, kann auch für Kindergeburtstage und Familienfeste genutzt werden. Für die Aktivitäten stehen eine Außenkegelbahn, eine Dartscheibe, eine Basketballübungsanlage, zwei Minigolfanlagen sowie ein Schachspiel zur Verfügung. Genutzt werden die Angebote auch von der örtlichen AG „Alt und Jung“. Weitere Kooperationspartner sind Sportvereine und Sozialverbände. Die Finanzierung erfolgt durch Spenden, Einnahmen aus der Projektarbeit und kommunalen Mitteln. Der Spielplatz für alle Generationen erfreut sich mit inzwischen 3000 Besuchern pro Saison wachsender Beliebtheit.



33

Seniorenbeirat der Stadt Schöningen

Tel.: 053 52 – 51 21 58
E-Mail: seniorenbeirat@schoeningen.de

Schaumburg

Seniorentaxi im Landkreis Schaumburg

Im ländlichen Raum gibt es inzwischen viele Modelle, das Problem des ÖPNV in verkehrsschwachen Zeiten zu lösen. Insbesondere Jugendliche und ältere Menschen, die nicht über einen PKW verfügen, sind auf derartige Möglichkeiten angewiesen. Im Landkreis Schaumburg hat sich ein „Fifty-Fifty-Taxi“ für Jugendliche bewährt, um sicher nach dem Discobesuch nach Hause zu kommen.

So kam der Kreisseniorinnenrat Schaumburg auf die Idee, die Übertragung des Modells auf Seniorinnen und Senioren und ihre Mobilitätsbedürfnisse anzuregen und hatte Erfolg. Für das Seniorentaxi wird ein Starttermin im April 2008 angestrebt. Es soll in

Zeiten angerufen werden können, in denen es kein Buslinienangebot gibt: In der Woche ab 18.00 Uhr, an Samstagen ab 14.00 Uhr und ganztägig am Sonntag. Der Kreisseniorinnenrat, sowie die Verantwortlichen des Landkreises sind sich sicher, dass durch das „Seniorentaxi“ die Lebensqualität älterer Menschen im Kreisgebiet erheblich gesteigert wird. Das „Seniorentaxi“ ist ein preisgünstiges Angebot, da bis zu maximal 50% des Taxifahrpreises mit Bons bezahlt werden kann, die kostenlos an die Senioren abgegeben werden. Diese Bons werden dann von den Taxenunternnehmern mit dem Landkreis abgerechnet. Die andere Hälfte des Fahrpreises muss durch

Foto: www.pixelio.de



den Fahrgast bar beglichen werden. Die Kosten für die Bons können aus den Regionalisierungsmitteln für ÖPNV-Maßnahmen des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes finanziert werden.

Hier gewinnen alle: Dem Landkreis entstehen zwar Kosten, die aber aus Mittelzuweisungen des Landes finanziert werden können, die Mobilität älterer Menschen wird gesteigert, der ländliche Raum wird dadurch attraktiver und die Kosten für eine Fahrt halten sich wegen der „Fifty-Fifty-Regelung“ in Grenzen.

Kreisseniorinnenrat Schaumburg

Tel.: 057 21 – 703-0
E-Mail: info@landkreis-schaumburg.de



In Nordrhein-Westfalen sind gegenwärtig (November 2007) 137 Seniorenvertretungen von 396 Kommunen im Land auf kommunaler Ebene Mitglied in der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e.V. (LSV NRW). Die LSV NRW arbeitet konfessionell ungebunden, verbandsunabhängig und ist parteipolitisch neutral.

Gründung, Aufgaben und Tätigkeiten

1984 wurde die Landesarbeitsgemeinschaft nordrhein-westfälischer SV gegründet. Ihre erste Mitgliederversammlung fand 1986 statt. Zeitgleich war sie maßgeblich an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der LSV auf Bundesebene beteiligt. 1986 gilt daher als das Gründungsdatum der LSV NRW. Seit 1993 fördert die Landesregierung die LSV NRW in ihrer Funktion als Dachverband der kommunalen Seniorenvertretungen und zu deren Unterstützung sowie zur Interessenvertretung älterer Menschen im Land.

Die kontinuierliche Förderung des Landes wurde 1999 erweitert. Seit dem wird ihre Arbeit durch eine wissenschaftliche Beratung begleitet. Seit 2004 ist die LSV NRW auch selbstständiger Projektträger. 2006 wurde das Projekt „Altengerechte Stadt“ abgeschlossen. Das Projekt „Landesstelle Pflegende Angehörige“ wurde nach drei Jahren Laufzeit im September 2007 um drei weitere Jahre verlängert.

Als Dachorganisation kommunaler SV erhält die LSV NRW ihre Förderung zum einen zur Wahrnehmung der Interessen älterer Menschen auf der Landesebene. Daher ist der Vorstand in alle maßgeblichen Gremien auf der Landesebene eingebunden. Zum anderen ist der Vorstand mit allen wichtigen Akteuren der Seniorenpolitik auf der Landesebene vernetzt. Zudem bezieht sich die Landesförderung der LSV NRW auf die Unterstützung kommunaler Seniorenvertretungen. Diesen bietet die LSV NRW regelmäßige Informationen (Handreichungen, Dokumentationen, Zeitung NUN REDEN WIR, INFO Aktuell, Pressemitteilungen, Rundbriefe, Homepage) Veranstaltungen (Fachtagungen und jährliche Mitgliederversammlung) sowie Qualifizierungsangebote (Regionalseminare, Wochenseminare, Tagesseminare) an. Durch ihre kostenfreie Mitgliedschaft in der LSV NRW erhalten die örtlichen SV die Möglich-

keit zur Partizipation an den Angeboten der LSV NRW.

Organisation

Die LSV NRW wird von einem neunköpfigen Vorstand geleitet. Dieser besteht aus einer/einem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, einer/m Schatzmeister/in, einer/m Schriftführer/in und vier Beisitzer/innen. Der Vorstand wird fachlich/wissenschaftlich beraten und begleitet. Darüber hinaus wird die Arbeit der LSV NRW durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Kontakt

Landesseniorenvertretung NRW e. V.

Gasselstiege 13
48159 Münster

Tel.: 0251 - 21 20 50
Fax: 0251 - 200 66 13
E-Mail: info@lsv-nrw.de
www.lsv-nrw.de

Gladbeck

Bahnhof Gladbeck barrierefrei

Mehr als 15 Jahre setzte sich der Seniorenbeirat Gladbeck dafür ein, dass der Bahnhof West auch für Eltern mit Kinderwagen, Menschen mit schwerem Gepäck, ältere Menschen, Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte ohne fremde Hilfe zugänglich wird. Eine Protestfahrt zur Zentrale der Deutschen Bahn und zum Verkehrsministerium des Landes NRW brachte schließlich im Juli 2007 den Durchbruch. Engagierte Seniorinnen und Senioren hatten sich mit Plakaten und Transparenten nach Düsseldorf aufgemacht.

Diese deutliche Positionierung der älteren Gladbecker hatte der Seniorenbeirat auf die Beine gestellt und damit nicht nur Aufsehen, sondern auch eine konkrete Zusage erzielt: Im Dezember 2007 erfolgte der 1. Spatenstich.

Aufzüge und eine Rampe werden nun innerhalb eines Jahres installiert. Dabei werden auch die Bahnsteige neu ausgerichtet, damit die Fahrgäste ohne Mühe einsteigen können. Die Barrierefreiheit des Bahnhofs soll nach einem Jahr Bauzeit erreicht sein. Das Engagement der Seniorinnen und Senioren hat endlich Erfolg.

In Gladbeck hat sich eine gute Zusammenarbeit von Seniorenbeirat, Stadtverwaltung und Politik als Motor für eine gute Sache bewährt. Gladbecks Bürgermeister Ulrich Roland unterstützt die Anliegen des Seniorenbeirates kontinuierlich und ernsthaft. In Bezug auf den Bahnhof West freut er sich über den Erfolg zum Wohle aller: „Dieser Seniorenbeirat hat Stadtgeschichte geschrieben.“ So lautete das anerkennende und wertschätzende Lob des Bürgermeisters beim Spatenstich für einen barrierefreien Bahnhof West in Gladbeck.



Seniorenbeirat Gladbeck

Tel: 020 43 - 99 27 75
E-Mail: KaulsRolf@t-online.de

Köln

Wohnen für Hilfe

Mit dem Projekt der Seniorenvertretung Köln und dem Zentrum für Gerontologie der Universität Köln „Wohnen für Hilfe – Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt“ wird gleich zwei Generationen geholfen: Älteren Menschen, die über ungenutzten Wohnraum verfügen und sich Unterstützung im Alltag und mehr Gesellschaft wünschen und jungen Studierenden oder Auszubildenden, die es schwer haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Und so funktioniert das Projekt: Ältere Wohnraumanbieter nehmen Kontakt zum Projektbüro auf und geben ihre Unterstützungswünsche bekannt, wie z.B. Hilfe im Haushalt oder im Garten, Vorlesen, Tierpflege, Gesellschaft leisten oder einkaufen. Die Mitarbeiter/innen des Projektbüros helfen dann bei der Wahl der Wohnpartnerin oder des Wohnpartners, bei der Ausarbeitung

der Vereinbarungen und stehen auch während der Wohnpartnerschaft bei Fragen zur Verfügung. Als Faustregel gilt: Für einen Quadratmeter Wohnraum ist eine Stunde Hilfe im Monat zu leisten. Hinzu kommen die Kosten für Strom, Wasser und Heizung. Pflegeleistungen sind ausgeschlossen.

Das Projekt ist in Köln und Umgebung sehr erfolgreich und hat schon viele Wohnpartnerschaften vermittelt. Sein Erfolg lässt sich auch damit erklären, dass hier beide Generationen etwas gewinnen: ältere Menschen erhalten praktische Hilfen und darüber hinaus einen Kontakt zu jungen Menschen. Die Studierenden oder Auszubildenden können preiswert wohnen und sicher auch von der Weisheit des Alters profitieren.



Uni Köln/Projektbüro „Wohnen für Hilfe“

Tel.: 0221 - 4 70 79 33
E-Mail: wfh@hf.uni-koeln.de
www.hf.uni-koeln.de



Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V.



LANDESENIORENVERTRETUNG RHEINLAND-PFALZ e.V.

Bereits 1977 haben sich in Rheinland-Pfalz die ersten Seniorenbeiräte gebildet. Inzwischen ist ihre Zahl auf 74 Interessenvertretungen angewachsen. Der Dachverband, der auf Initiative des Seniorenbeirats der Stadt Mainz gegründet wurde, nahm 1989 seine Arbeit auf. Er ist als gemeinnütziger Verein eingetragen und nennt sich „Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V.“ (LSV RP).

Aufgaben und Ziele

Die LSV RP nimmt die Interessen älterer Menschen auf Landesebene gegenüber staatlichen Institutionen, politischen Parteien, Verbänden, Organisationen und der Öffentlichkeit wahr. Eine Hauptaufgabe der LSV RP ist die Förderung der Bildung weiterer Seniorenbeiräte, die durch das fünfte Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 22.12.2003 (GVBl.S.390) in der Gemeinde- und Landkreisordnung verankert wurden. In dem Gesetz wird auf die Möglichkeit der Bildung kommunaler Seniorenvertretungen ausdrücklich hingewiesen.

Von besonderer Bedeutung ist für die LSV RP die ständige Kommunikation mit den lokalen und regionalen Seniorenbeiräten, die sie mit Rat und Tat unterstützt. Sie macht Öffentlichkeitsarbeit, fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Seniorenbeiräten und bietet Fortbildungen und Fachtagungen an. Zur Sicherstellung einer breiten Information über die Arbeit dient darüber hinaus eine eigene Website, der entnommen werden kann, auf welchen Gebieten die LSV RP und die Seniorenbeiräte tätig sind und welche Initiativen entwickelt werden. Zu den weiteren Aufgaben der LSV RP gehört es, zu Landesgesetzen und -vorhaben Stellung zu nehmen. Gesprächspartner sind in diesem Zusammenhang die Landesregierung und der Landtag. Demgegenüber kümmern sich die örtlich und regional tätigen Seniorenbeiräte um die in ihrem Bereich auftretenden Probleme der älteren Menschen vor Ort.

Förderung der Arbeit der LSV RP

Die LSV RP wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen finanziell gefördert. Daneben werden zusätzliche Projektmittel für Seminare und andere Aktivitäten der LSV RP bereitgestellt. Die LSV RP wirkt im Landesfachbeirat für Seniorenpolitik mit fünf Mitgliedern und fünf Stellvertretern mit. Außerdem findet ein jährlicher

Erfahrungsaustausch im Ministerium zwischen diesem und der LSV RP sowie den Seniorenbeiräten statt.

Projekte auf Landesebene, in Regionen und Kommunen

Die LSV RP veranstaltet seit einigen Jahren jährlich ein Senioren-Forum, das im November im Landtag in Mainz stattfindet. In Ludwigshafen besteht durch die Initiative des örtlichen Seniorenbeirates ein „Senioreneinkaufservice“. Der Seniorenbeirat Donnersbergkreis engagiert sich zum Thema „Wohnen im Alter“ und in Bingen findet jährlich eine „Seniorenwoche“ statt.

Kontakt

Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V.

Schillstr. 2
55131 Mainz

Tel.: 061 31 – 9 72 98 38
Tel./Fax: 061 31 – 62 79 108
E-Mail: info@lsvrp.com
www.landesseniorenvertretung-rlp.de

Neuwied

Senioren als Sicherheitsberater für Senioren

Die Tricks und Methoden von Dieben werden immer erfindungsreicher. Viele Seniorinnen und Senioren fühlen sich ihnen hilflos ausgeliefert. Manche überschätzen die Gefahr und reagieren mit Rückzug und Isolation. Dieser Problematik hat sich der Seniorenbeirat Neuwied angenommen und die Idee „Sicherheitsberater für Senioren“ in ein Projekt umgesetzt. Ziel des Projektes ist es, Multiplikatoren zu finden, die älteren Bürgerinnen und Bürgern wertvolle Tipps und Unterstützung in Sicherheitsfragen geben.

Das Wissen und die Kenntnisse über kriminelle Machenschaften und den Umgang mit Sicherheitsberatung erhalten die zukünftigen Sicherheitsberater in einem Seminar bei der Kriminalpolizei. Die ausgebildeten Sicherheitsberater bewirken, dass sich ältere Menschen mit dem Thema „Sicherheit“ näher befassen und

viele Gefahrensituationen realistischer einzuschätzen lernen. Die Beratungstätigkeit durch Senioren für Senioren soll darüber hinaus dazu führen, Ängste zu nehmen und sie zu größerer Vorsicht anzuhalten. Das Projekt „Sicherheitsberater für Senioren“ wird in vielen Städten von Rheinland-Pfalz mit großem Erfolg praktiziert, so z.B. in Neuwied, im Rhein-Lahn-Kreis, Koblenz und Katzenelnbogen.

Die Sicherheitsberater haben in enger Zusammenarbeit mit der Polizei und den BEKO-Stellen (Pflegediensten) Vorträge zu verschiedenen Themen erarbeitet und zusammengestellt. Die Vorträge dauern etwa 45 Minuten und sind kostenlos, denn sie sind Bestandteil der ehrenamtlichen Arbeit. Die Vortragsthemen sind: Straßenraub und Trickbetrug, Umgang mit Scheckkarten und das Verhalten am Geldautomaten,



Fremde an der Haustür und Haustürgeschäfte, Sicherheit gegen Haus- und Wohnungseinbruch, Reisegewinne und Gewinnmitteilungen, Kaffeefahrten, Überfall und Haus- und Wohnungsbrand.

Seniorenbeirat der Stadt Neuwied

Tel.: 026 31 – 7 11 50
E-Mail: walter.alisch@t-online.de

Mainz

Schüler bringen Senioren ans Netz – Ein intergeneratives Projekt

Wenn ein älterer Bürger in Rheinland-Pfalz sich in Sachen Computer fortbilden möchte, dann sind die örtlichen Bildungseinrichtungen wie Volkshochschule die nächstliegende Anlaufstelle. Daneben haben auch Verbände und gemeinnützige Organisationen häufig Computerkurse im Angebot. Die Lerngruppen in diesen Kursen sind jedoch oft sehr heterogen, so dass die Älteren dann doch schnell überfordert sind, weil ältere Menschen manchmal etwas mehr Zeit brauchen, um sich Neues anzueignen. In dem Computerprojekt 2008 sol-

len im Raum Mainz ältere Menschen von Schülerinnen und Schülern in ausgewählten Schulen unterrichtet werden. Hintergrund des Projektes ist die Tatsache, dass Schülern heute selbstverständlich mit den neuen Technologiekenntnissen aufwachsen und in diesem Punkt gegenüber den Seniorinnen und Senioren einen erheblichen Wissens- und Kenntnisvorsprung aufweisen. Die Schüler sollen Senioren Grundkenntnisse über Internet, Computer und Handys vermitteln. Das Projektangebot schließt die Beratung bei einem Computerkauf und dessen Einrichtung mit ein.



Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V.

Tel.: 061 31 – 9 72 98 38
E-Mail: info@lsvrp.com



Landesseniorenbeirat des Saarlandes



38



ältere Menschen. Er unterstützt die Gründung und die Arbeit kommunaler SB, informiert die Mitglieder der kommunalen SB über Weiterbildungsmöglichkeiten und fördert den Aufbau des ehrenamtlichen Engagements im Alter. Vor dem Erlass von Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien, die für ältere Menschen von Bedeutung sind, ist der LSBS zu hören.

So hat der LSBS die Erarbeitung des ersten Teiles des Landeseniorenplanes des Saarlandes, der eine umfassende Bestandsaufnahme aller seniorenpolitischen Handlungsfelder mit zahlreichen konkreten Handlungsempfehlungen enthält, 2007 inhaltlich mitberaten. Die Empfehlungen decken ein breites Spektrum ab und beziehen sich z. B. auf den Abschluss eines Beschäftigungspaktes für ältere Arbeitnehmer/innen zwischen Landesregierung, Kammern, Arbeitgeberverband, DGB sowie Bundesagentur für Arbeit, der zwischenzeitlich von diesen Partnern auch unterzeichnet wurde. Ziel ist, die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen entsprechend den Vorgaben der europäischen Beschäftigungsstrategie signifikant zu erhöhen. Durch eine erhebliche Ausweitung der beruflichen Weiterbildung im Rahmen eines le-

Die Gründung des Landesseniorenbeirates des Saarlandes (LSBS) wurde durch Beschluss des Landtages 1997 initiiert. Ihm gehören die acht kommunalen Seniorenbeiräte (SB), der saarländische Landkreistag sowie Städte- und Gemeindetag, die Deutsche Rentenversicherung Saarland, die gesetzlichen Krankenkassen/Pflegekassen, die Liga der Freien Wohlfahrtspflege Saar, der Sozialverband Deutschland LV Rheinland-Pfalz/Saarland, der VdK Saarland e. V., die AG der Saarländischen Ausländerbeiräte, EUROP'age Saar-Lor-Lux e. V. sowie 4 Vertreter von Heimbeiräten als Mitglieder an.

Der Vorstand des LSBS besteht aus fünf gewählten Mitgliedern, die für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode des saarländischen Landtages gewählt werden. Der LSBS berät in inhaltlicher Übereinstimmung mit der Beschlussfassung des Landtages und der von ihm selbst verabschiedeten Geschäftsordnung den Landtag und die Landesregierung in allen Fragen der Politik für

benslangen Lernens sowie durch ein ganzheitliches betriebliches Gesundheitsmanagement soll das frühe Ausscheiden Älterer aus dem Berufsleben vermieden und eine bessere berufliche Eingliederung Älterer gefördert werden.

Im Dezember 2005 hat der LSBS eine Partnerschaft mit dem Conseil Supérieur des Personnes Âgées de Luxembourg begründet. Ziel der Landesseniorenvertretungen ist es, in der Seniorenarbeit durch Austausch von Ideen und Projekten grenzüberschreitend voneinander zu lernen, wie z. B. bei der Ausbildung und dem Einsatz von Seniorsicherheitsberatern.

Kontakt

Landesseniorenbeirat des Saarlandes

Ministerium für Justiz, Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Talstraße 43 – 51
66119 Saarbrücken

Tel.: 0681 – 501 33 41
Fax: 0681 – 501 31 68
E-Mail:
p.steinbach@
justiz-soziales.saarland.de
www.saarland.de



Seniorenbeirat Völklingen

Rathaus Völklingen
Tel.: 068 98 – 13 00

Homburg

„Krea(k)tiv“-Treffpunkt für Alt und Jung in Homburg

Der Seniorenbeirat der Stadt Homburg hat gemeinsam mit dem Seniorenbüro im Jahre 2001 in der Hohenburgschule (Grundschule) eine Begegnungsstätte der Generationen eingerichtet. Der Förderung des Dialoges zwischen Alt und Jung kommt eine wachsende Bedeutung zu. Die zunehmende Individualisierung der Wohnverhältnisse in Ein- bzw. Zweipersonen-Haushalten trägt zur Entfremdung der Generationen bei, wenn deren persönliche Begegnung nicht gezielt gefördert wird. Mit dem „Krea(k)tiv-Treffpunkt“ wollen die Beteiligten diesem Trend entgegenwirken.

Neben einer Vielzahl von Projekten zur Teilhabe und Selbstverwirklichung älterer Menschen stärkt das Projekt durch Treffen und gemeinsame Aktivitäten von Jung und Alt den Generationendialog. So lernen z.B. Kinder im Grundschulalter von der älteren Gene-

Völklingen

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit: Seniorenbeirat und Senio- rennetzwerk in Völklingen

Die Arbeitsgemeinschaft „Seniorennetzwerk Völklingen“ wurde 1997 auf Initiative der drei Beratungsstellen AWO, Diakonisches Werk und Gute-miene gegründet. Sie ist ein offener Zusammenschluss von über 40 Vereinen, Verbänden, Firmen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern in der Alten- und Behindertenarbeit. Dieses Seniorennetzwerk war es, das sich für die Gründung eines Seniorenbeirats in der Kommune verstärkt eingesetzt hat und mit diesem Anliegen 1999 Erfolg hatte: Ein kommunaler Seniorenbeirat wurde in Völklingen berufen.

Von Beginn an arbeiteten die beiden Gremien erfolgreich zusammen. Die Mitglieder des Netzwerkes brachten eine Vielzahl von Ideen, Vorschlägen

und konkreten Hilfen für die kommunale Seniorenarbeit in den Seniorenbeirat ein. Der Seniorenbeirat übernahm seinerseits die Aufgabe, diese in die politischen Gremien der Stadt einzubringen und so die Senioreninteressen auf kommunalpolitischer Ebene zu stärken.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Kooperation ist die seit 1998 jährlich stattfindende „Völklinger Seniorenmesse“, die mehrere tausend Besucherinnen und Besucher aus der Kommune, dem Umland, dem benachbarten Lothringen sowie aus Luxemburg anzieht. Ein anderes Beispiel ist die Gründung der „Demenzinitiative Völklingen“ zur Unterstützung von Betroffenen und Angehörigen. Darüber hinaus werden gemeinsame Veranstaltungen zum Thema seniorengerechtes und generationenübergreifendes Wohnen sowie zur Vorsorge durchgeführt und Anregungen zur Stadtentwicklung gegeben.

39

ration das Kochen und betätigen sich gemeinsam bei der Gartenpflege der Grundschule. Spielnachmittage begeistern die Kleinen wie die Großen und fördern die Kommunikation zwischen den Generationen.

Dieses erfolgreiche intergenerative Projekt wurde inzwischen auch auf ein Gymnasium ausgeweitet. So arbeiten beispielsweise größere Schüler mit Seniorinnen und Senioren bei der Planung eines Zeitzeugenprojektes im Rahmen einer Anne-Frank-Ausstellung zusammen. Hierbei sind vor allem das Wissen und die Erfahrungen der älteren Generation gefragt. Aber auch die Jugend kann der älteren Generation etwas vermitteln, z.B. den Umgang mit Mobiltelefonen bei einem Handyseminar. Jung und Alt zusammen – hier tut es beiden gut.



Seniorenbeirat Homburg

Rathaus Homburg
Tel.: 068 41 – 10 11 14



LandesSeniorenVertretung für Sachsen



In der LandesSeniorenVertretung für Sachsen (LSVfS) haben sich die 29 in den Kommunen und Kreisen des Freistaates gebildeten Seniorenvertretungen/ -beiräte/ und -räte (SV/SB/SR) zusammengeschlossen. Die LSVfS legitimiert sich aus dem §47 der Sächsischen Gemeindeordnung bzw. §43 der Sächsischen Landkreisordnung. Beide Ordnungen sehen die Bildung von Seniorenvertretungen als so genannte Kann-Bestimmung vor. Die LSVfS versteht sich als ein parteiunabhängiges, weltanschaulich neutrales und verbandsunabhängiges Gremium, das für alle Seniorinnen und Senioren in Sachsen spricht.

Das Hauptanliegen der LSVfS ist es, die Teilhabe der älteren Generation am gesellschaftlichen Leben nach Maßgabe der in ihrem Leben erworbenen Kompetenzen und vorhandenen Kräfte zu sichern und zu stärken. Als Interessenvertretung wirkt die LSVfS bei der Vorbereitung seniorenpolitischer Entscheidungen auf Landesebene mit und unterstützt die auf lokaler Ebene arbeitenden Seniorenvertretungen.

Aufgaben der LSVfS

Die LSVfS tritt dafür ein, dass ältere Menschen am politischen Leben und im bürgerschaftlichen Engagement

auf allen Gebieten teilnehmen können. Eingeschlossen ist dabei die Möglichkeit, durch Seniorenvertretungen in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene politische Entscheidungen mitzugestalten. Dies bezieht sich z.B. auch auf Maßnahmen, die der Erhaltung der Alltagskompetenz, der Mobilität und sozialer Bindungen dienen, die es älteren Menschen ermöglichen, die eigene Wohnung zu verlassen, Veranstaltungen zu besuchen, sich geistig und körperlich zu betätigen. Besonders wichtig ist der LSVfS die Förderung des freiwilligen sozialen Engagements sowohl für diejenigen, die Unterstützung suchen, als auch für jene, die Hilfe anbieten. Eine weitere Aufgabe ist die Mitwirkung bei der Schaffung einer angemessenen gesundheitlichen Versorgung im Alter, d.h. eine gute Rehabilitation, geriatrische Betreuung, Notrufsysteme und Sterbebegleitung. Bei der häuslichen und stationären Pflege geht es um die Stärkung der Unterstützung und eine wirksame Kontrolle. Darüber hinaus setzt sich die LSVfS für ein Alterseinkommen entsprechend der Lebensleistung und für die Vermeidung von Altersarmut ein.

Als politische Interessenvertretung der älteren Menschen im Land hält die LSVfS engen Kontakt zu den Staatsministerien, zum Landtag und den Fraktionen, zu Institutionen,

Verbänden, Vereinigungen und zum Landesseniorenbeirat. Dieser wurde 1993 vom Sächsischen Ministerium für Soziales berufen. Er ist Beratungsorgan für die Staatsregierung v. a. für das Sächsische Ministerium für Soziales. Er besteht aus 23 Mitgliedern, darunter auch drei Vertreter der LSVfS. Weiterhin sind Verbände, Gewerkschaften, Städte/Landkreistag, Kassen, Versicherungsanstalten und Wissenschaftler darin vertreten, die benannt werden. Etwa die Hälfte der Mitglieder sind Seniorinnen und Senioren, die andere Hälfte hauptamtliche (Berufs-)Vertreter.

Viermal jährlich erscheint das LSVfS-Mitteilungsblatt „Senioren in Sachsen“.

Kontakt

LandesSeniorenVertretung für Sachsen

Haus der Demokratie
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig

Tel.: 0341 - 306 51 34
Fax: 0341 - 306 51 34
E-Mail: lsvfsachsen@gmx.de
www.seniorenvertretung-sachsen.de

Löbau-Zittau

Ambulant vor stationär - Eine vergleichende Studie

Im Gespräch mit Seniorinnen und Senioren wurde der Kreissenorenrat (KSR) Löbau-Zittau mit dem Problem der finanziellen Ungleichbelastung bei der Pflege von ambulant betreuten gegenüber stationär versorgten Menschen mit Pflegebedarfen konfrontiert. Besonders die im betreuten Wohnen lebenden Menschen klagten darüber, dass sie sich durch finanzielle Zwänge oft nur ein Minimum an notwendigen Hilfen leisten können. Aus dieser Sicht wollte der KSR den mit der Pflegeversicherung erhobenen sozialpolitischen Anspruch „Ambulant vor stationär“ genauer betrachten. Die „Fraueninitiative Oberlausitz e.V.“ in Zittau wurde Projektpartnerin und erhielt Mittel, um sechs langzeitarbeitslose Frauen ein Jahr lang die Studie durchführen zu lassen. Der KSR übernahm die fachliche Anleitung und

begleitete das Projekt einschließlich der Auswertung. 212 Menschen, 106 stationär und 106 ambulant betreut wurden befragt.

Wichtige Ergebnisse sind: „Ambulant vor stationär“ ist nicht für jeden die beste Lösung, denn der Eigenanteil für Unterstützungsleistungen übersteigt bei manchen die finanziellen Möglichkeiten. Die Zuschüsse aus der Pflegeversicherung müssten deshalb für die ambulante Pflege weiter angehoben werden. Neben dem finanziellen Aspekt ist auch das Problem einer drohenden Vereinsamung zu berücksichtigen, denn durch Veränderungen und den Wegfall familiärer Netzwerke wird unbezahlte Pflege durch Angehörige immer seltener möglich sein.

„Ambulant vor stationär“?



Eine vergleichende Studie über die derzeitige Pflegesituation von ambulanten und stationären Pflegefällen im Landkreis Löbau-Zittau - unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Belastung -

Kreissenorenrat Löbau-Zittau

Tel.: 035 83 - 72 26 60

Leipzig

Öffentlichkeitsarbeit für seniorenpezifische Themen

Der Seniorenbeirat (SB) Leipzig will die Belange älterer Menschen nicht nur in kommunalpolitischen Zusammenhängen vertreten, sondern bestimmte Themen auch in die breite Öffentlichkeit bringen, um so eine allgemeine Diskussion anzuregen. Zu diesem Zweck hat der Seniorenbeirat 2004 eine Broschüre mit dem Thema „Bild des älteren Menschen“ herausgegeben. In dieser Broschüre wird zum Dialog der Generationen aufgerufen und ein differenziertes Bild des älter werdenden Menschen gezeichnet. Darüber hinaus wird dargestellt, was Seniorinnen und Senioren für die Stadt leisten und was sie von der Öffentlichkeit und der Kommunalpolitik erwarten. Mit der Broschüre möchte



der SB dem oftmals negativen Image des Alters entgegentreten.

In einer zweiten Broschüre des SB Leipzig, die 2007 unter dem Titel „Körperlich und geistig mobil. Sie haben es in der Hand!“ veröffentlicht wurde, werden Möglichkeiten und Angebote zur Fitness für Körper, Geist und Seele vorgestellt. Für die Beiträge zu den Themen „Sportliche Betätigung“, „Lebenslanges Lernen“, „Kunst und Kultur“, „Soziale Kontakte“ und „Mobilität zu Hause und unter-

wegs“ wurden Experten der jeweiligen Fachdisziplinen als Autorinnen und Autoren gewonnen. So konnte erreicht werden, dass die Tipps, Anregungen und Empfehlungen auf einer wissenschaftlichen Grundlage erarbeitet wurden. Die Broschüren haben in der Stadt viel Interesse gefunden – nicht nur bei älteren Menschen. Mit ihnen wird zugleich der Seniorenbeirat in der Öffentlichkeit bekannter. Unterstützung erhält er durch eine hauptamtliche Seniorenbeauftragte bei der Stadt.

Seniorenbeirat der Stadt Leipzig

Tel.: 0341 - 1 23 67 29
E-Mail: senioren@leipzig.de
www.seniorenbeirat.leipzig.de



Landesseniorenvertretung Sachsen – Anhalt e.V.



LSV

In Sachsen-Anhalt haben sich die ersten Seniorenvertretungen (SV) in den 1990er Jahren gebildet. Die Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e.V. (LSV) besteht seit 1995. Sie ist demokratisch legitimiert, verbandsunabhängig, gemeinnützig, parteipolitisch und konfessionell neutral. Sie versteht sich als Organ der Meinungsbildung und des Erfahrungsaustausches auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet. Die LSV vertritt die Interessen der Seniorinnen und Senioren gegenüber dem Landtag und der Landesregierung. Das gilt auch für alle Heimbewohner und Pflegebedürftigen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes.

Seit dem 01.07.2007 (nach den Kreisfusionen) arbeiten auch in den neuen 11 Kreisen und den 3 kreisfreien Städten (Magdeburg, Halle/Saale und Dessau) jeweils Kreis- bzw. Stadtseniorenvertretungen. Vor dem 01.07.2007 arbeiteten 24 Kreisseniorenvertretungen in Sachsen-Anhalt. Die neue Situation erforderte Neuwahlen und ein neues Kennenlernen. Die Zusammenarbeit ist noch unterschiedlich, aber vorwiegend gut bis sehr gut.

Ziel der LSV ist die Mitwirkung bei Planung und Durchführung von Maßnahmen und Programmen für die Seniorinnen und Senioren des Landes Sachsen-Anhalt. Die LSV informiert die Öffentlichkeit über die Belange der älteren Bürgerinnen und Bürger durch Veranstaltungen, Publikationen und Fortbildungen.

Aufgaben

Die Vorstandsmitglieder halten Verbindung zu den Kreisseniorenvertretungen und den Seniorenvertretungen der kreisfreien Städte. Sie informieren über Vorhaben, Termine und Beschlüsse der LSV. Anregungen, Wünsche und Empfehlungen aus den Seniorenvertretungen der Kreise und kreisfreien Städte bilden die Grundlagen für die Arbeit der Landesseniorenvertretung. Darüber hinaus helfen sie bei der Gründung weiterer Seniorenvertretungen.

Einmal jährlich findet eine Delegiertenkonferenz statt, zweimal jährlich Weiterbildungen für alle Kreisseniorenvertretungen, alle zwei Jahre Landesseniorenforen im Landtag von Sachsen-Anhalt mit Regierungsvertretern. Von 1999 bis 2007 wurden fünf Foren durchgeführt.

Die LSV führt regelmäßig Gespräche mit den Fraktionen der Parteien des Landtages. Im November 2007 hat

sie folgende Themen mit Landtagsabgeordneten diskutiert: Seniorenvertretungsgesetz, Seniorenorganisationen der Parteien (Aktivitäten im kommunalen Bereich, Ansprechpartner für Kreisseniorenvertretungen), Mobilität im Alter und ÖPNV, medizinische Versorgung im ländlichen Bereich (u. a. Gemeindegewerbestrukturmodell), augenärztliche Versorgung, ambulante medizinische Versorgung durch die Krankenhäuser und Gefahr von Altersarmut für künftige Rentner.

Kontakt

Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e.V.

Tischlerstr. 13a
39218 Schönebeck/Elbe

Tel./Fax: 039 28 – 40 13 60
E-Mail:
sen.rat.sa-sbk@t-online.de
www.sachsen-anhalt.de

Bereichsseniorenvertretung Halberstadt

Landkreis Halberstadt
Tel.: 039 41 – 59 70 17 94



Theatertage, Frühlings- und Herbstfeste im Landkreis Harz

Die Arbeitsgruppe Kultur der Bereichsseniorenvertretung Halberstadt realisiert das Projekt Theatertage, Frühlings- und Herbstfeste. Das Projekt umfasst die Organisation der Theatertermine einschließlich der Vorstellungen, welche vom Nordharzer Städtebundtheater jeweils an zwei Tagen zweimal im Jahr, einmal für Seniorinnen und Senioren des Stadtbereiches und einmal für Seniorinnen und Senioren des ländlichen Raumes, gestaltet werden. Hinzu kommen die Organisation der Busbetriebe und deren Tourenplanung, um die aus den

ländlichen Bereichen kommenden Seniorinnen und Senioren ins Theater und wieder nach Haus zu bringen. Seit 2002 bis 2007 haben es die Verantwortlichen der Bereichsseniorenvertretung geschafft, an 22 Theatertagen 8000 Seniorinnen und Senioren den Theatergenuss zu ermöglichen. Entscheidend für den Erfolg ist das Bemühen der Arbeitsgruppe Kultur, eine für alle Beteiligten (Nordharzer Städtebundtheater, Busbetriebe und Senioren) annehmbare finanzielle Bedingung zu schaffen.

In gleicher Weise organisiert diese Arbeitsgruppe jährlich im Frühjahr und im Herbst jeweils eine Veranstaltung für die älteren Menschen des Stadtgebietes und eine für den ländlichen Raum. Auch hier ist das Ziel, kulturelle Veranstaltungen mit Niveau zu organisieren, die bezahlbar und gut zu erreichen sind.

Saalekreis

Seniorenfreundlicher Service im Saalekreis

Das Zertifikat „Seniorenfreundlicher Service“ wurde im internationalen Jahr der Senioren“ 1999 durch den Landesseniorenrat Sachsen-Anhalt in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt eingeführt. Das Zertifikat soll Anregung geben für ein besseres und freundliches Miteinander aller Generationen. Bewerben können sich alle Einrichtungen, die Leistungen für Senioren anbieten: Behörden, Banken, Kultur- und Handelseinrichtungen, Arztpraxen, Apotheken, Verkehrsbetriebe etc.

Die Beurteilung und Verleihung erfolgt durch die Kreisseniorenvertretung Saalekreis e.V. Es gibt einheitliche

Kriterien nach denen die Begutachtung vorgenommen wird. Dazu gehören: die leichte Begehrbarkeit des Gebäudes und der Geschäfts- bzw. Diensträume, die übersichtliche und gut ausgeschilderte Warenpräsentation, ein freundliches, fachgerechtes und hilfsbereites Personal sowie eine verständliche Beratung der Seniorinnen und Senioren, unkomplizierte Zahlungsbedingungen in den Geschäften und Sitzmöglichkeiten.

Das Zertifikat wird nach Prüfung für 2 Jahre verliehen und ist zur öffentlichen Präsentation in den zertifizierten Einrichtungen vorgesehen.

LANDESENIORENVERTRETUNG SACHSEN-ANHALT e.V.

Kreisseniorenvertretung:
Seniorenvertretung der kreisfreien Stadt:

ZERTIFIKAT 
Seniorenfreundlicher Service

für



Das Zertifikat ist gültig vom: bis:
Die Seniorenvertretung
Ort: am:

Kreisseniorenvertretung Saalekreis e.V.

Tel.: 034 61 – 40 13 52



Landesseniorenrat
Schleswig-Holstein e.V.

Der Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e.V. (LSR SH) ist der Zusammenschluss der Gemeinden, Städte und Kreise in Schleswig-Holstein, die durch Satzung oder Beschluss des Vertretungsorgans einen Seniorenbeirat und Seniorenrat eingerichtet haben sowie Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände. Er vertritt die Interessen der älteren Generation gegenüber Parlament und Regierung sowie in der Öffentlichkeit. Er ist unabhängig, parteipolitisch neutral und konfessionell nicht gebunden.

Zu seinen Hauptaufgaben gehören:

- die Gesellschaft für die berechtigten Bedürfnisse und Interessen der Älteren zu sensibilisieren,
- die Politiker aufzufordern und zu ermuntern, das Wissen und die Erfahrungen der älteren Menschen für die Aufgaben und Herausforderungen der Gegenwart, aber auch der Zukunft verstärkt zu nutzen,
- die Politiker und die Gesellschaft zu überzeugen, dass Altenpolitik nicht heißt, Politik für, sondern mit der älteren Generation,

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e.V.



- die Solidarität zwischen der älteren und jüngeren Generation zu fördern.

Der LSR SH wurde 1986 von dreizehn Kommunen gegründet, die damals einen Seniorenbeirat hatten. 1999 erfolgte die Umwandlung in seine heutige Form. Der Vorstand wird jeweils für 3 Jahre von den Delegierten in der Mitgliederversammlung gewählt.

Inzwischen sind über 100 kommunale Seniorenbeiräte und -räte in Schleswig-Holstein tätig. Ihre Stellung und ihre Rechte ergeben sich aus der Kommunalverfassung des Landes. Um Information und Fortbildung zu fördern, hat der LSR SH die kommunalen Seniorenbeiräte und -räte fünf Regionen zugeordnet. Mindestens einmal jährlich finden hier regionale Fachtagungen statt. Stellungnahmen und Sachaussagen zu unterschiedlichen Themen werden in sechs Fachgruppen erarbeitet.

Vertretung in Landesgremien

Der LSR SH ist in zahlreichen Gremien vertreten wie z.B. im Landespflegeausschuss, im Rat für Kriminalitätsverhütung, in der Arbeitsgruppe zur Planung und Durchführung des Altenparlaments beim Präsidenten des Landtags Schleswig-Holstein, im Beirat „Landesweite Verkehrsservice Gesellschaft“, in der Arbeitsgruppe ÖPNV (Bereich Regionalbahnen, Kreispläne), im Fahrradforum Schleswig-Holstein,

im Landeskuratorium Schleswig-Holstein-Tag (Bereich: „Tag der Senioren“) sowie im Generationenforum.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem Mitteilungsblatt „FORUM“ wendet sich der LSR SH an alle bestehenden Seniorenbeiräte und -räte sowie an eine breite Öffentlichkeit. Die Publikation (4 Ausgaben mit je 5000 Exemplaren) wird vom Schleswig-Holsteinischen Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren gefördert. Ziel dieses Blattes ist es, aktuelle seniorenrelevante Themen aufzugreifen, Informationen auszutauschen, Meinungen von Verbänden und Institutionen zu hören sowie Auffassungen und Stellungnahmen des Sozialministeriums zu diskutieren.

Kontakt

Landesseniorenrat
Schleswig-Holstein e.V.

Kantplatz 14
24537 Neumünster

Tel.: 043 21 - 6 95 78 90
Fax: 043 21 - 6 95 78 91
E-Mail:
landesseniorenrat-s-h@t-online.de
www.landesseniorenrat-s-h.de

Altenholz

Lotsendienst für Senioren

Im Januar 2008 ging in der Gemeinde Altenholz – wie auch in Eckernförde und Flintbek-Molfsee – das zweijährige Pilotprojekt „Lotsendienst für Senioren“ an den Start. Ziel ist es, insbesondere ältere Menschen dabei zu unterstützen, möglichst lange angemessen betreut zu Hause wohnen bleiben zu können. Schnell, unbürokratisch, wohnortnah und „aus einer Hand“ wird mit den Betroffenen und ihren Angehörigen ein individuell angemessenes Unterstützungs-„Paket“ geschnürt: von der Information und Beratung z.B. zu Fragen der Pflegeversicherung über die Wohnungsanpassung bis hin zum qualifizierten Case Management. Zwischenzeitlich hat sich in Altenholz eine Mitarbeiterin der Sozialstation durch eine Weiterbildung zur „Case Managerin im Gesundheits- und Sozialwesen“ qualifiziert. Sie wird die Aufgabe einer

„Lotsin“ für 10.000 Einwohner in Teilzeit (30%) übernehmen.

Für die Realisierung des Lotsendienstes auf kommunaler Ebene hat sich der Landesseniorenrat Schleswig-Holstein und insbesondere der Vorsitzende der Fachgruppe „Wohnen im Alter“ Horst Langniß aus Altenholz stark gemacht – gemeinsam mit den Bürgermeistern der Pilotgemeinden. Das Projekt, das sich aus Kreis- und kommunalen Mitteln finanziert, wird von der Forschungsgruppe Gerontologie der Christian-Albrechts-Universität Kiel wissenschaftlich begleitet und evaluiert.



© Christian Hiersemenzel, Redaktion Kieler Nachrichten



© Christian Hiersemenzel, Redaktion Kieler Nachrichten

Seniorenbeirat der Gemeinde Altenholz

Tel.: 0431 - 32 10 40
E-Mail: seniorenbeirat@altenholz.de
www.lotsendienste.de

Schleswig-Holstein

Hospitation in Pflegeeinrichtungen

Das Projekt wird vom LSR SH und dem Bundesverband privater Anbieter (bpa) Land Schleswig-Holstein gemeinsam getragen. Anlass ist, dass die Öffentlichkeit kaum Notiz von Pflegeeinrichtungen nimmt, es sei denn nach Skandalnachrichten. Dies darf nach Meinung des LSR S-H nicht so bleiben. Heime sollten ein Ort der Begegnung und des Miteinander-Lebens sein und eine freundliche aufgeschlossene Nachbarschaft haben. Überall dort, wo dies noch nicht erreicht ist, bedarf es der Initiative von Seniorenorganisationen und „Türöffnern“ bei Einrichtungen und ihren Trägerverbänden, aber auch bei den in der Nachbarschaft wohnenden Menschen.

„Hospitation“ meint im Rahmen des Projektes die Teilnahme von Seniorenbeiräten am ganz normalen Leben in einer Pflegeeinrichtung. Dabei wer-

den Informationen und Eindrücke festgehalten und am Ende des Besuchs mit der Haus- und Pflegedienstleitung besprochen. Ziel der Hospitation ist es, dass daraus beide „Seiten“ Verbesserungsmöglichkeiten im eigenen Handeln erkennen und ggf. auch „vereinbaren“. Dieses Ziel, voneinander zu lernen, schließt automatisch aus, dass der Seniorenbeirat als eine weitere zusätzliche Prüfinstanz empfunden wird.

Zur Vorbereitung der Hospitationen wurde ein Schulungskonzept erarbei-



tet. Zwischen dem LSR SH und der bpa-Landesgruppe SH wurde vereinbart, die Organisation der Hospitation gemeinsam zu übernehmen. Das Land Schleswig-Holstein unterstützt das Projekt finanziell. Die vier Seminare werden Anfang 2008 durchgeführt. Im März 2008 soll die eigentliche Hospitationsarbeit beginnen. Nach einem Jahr wird eine gemeinsame Auswertung vorgenommen. Es liegen zurzeit rund 100 Anmeldungen für die Seminare vor und die ersten Heime haben sich bereits gemeldet.

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e.V.

Tel.: 0431 - 3 80 30 93
E-Mail: landesseniorenrat-s-h@t-online.de



Landesseniorenvertretung Thüringen e.V.



Der erste Seniorenbeirat in Thüringen wurde 1991 gegründet. Inzwischen wirken 35 Seniorenbeiräte und -vertretungen (SB und SV) in der Landesseniorenvertretung Thüringen (LSVTh) mit, die sich 1993 als eingetragener gemeinnütziger Verein konstituiert hat. Die LSVTh versteht sich als verbandsunabhängig, parteipolitisch und konfessionell neutral. Ihre Aufgabe sieht sie darin, Impulse für die Gründung kommunaler SB und SV zu geben. Sie hält Kontakt zu den Verantwortlichen auf Landes- und Kommunalebene sowie zu Wohlfahrts- und Sozialverbänden. In den verschiedenen Regionen Thüringens versucht sie neue SB zu etablieren. Außerdem setzt sie sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Mitwirkungsrechte in der Thüringer Kommunalordnung verankert werden. Die LSVTh gibt vierteljährlich ein Mitteilungsblatt heraus.

Schwerpunkte ihrer Arbeit

Die LSVTh arbeitet in zwei Hauptrichtungen:

1. Sie unterstützt die kommunalen SB und SV in ihrer Arbeit und organisiert Weiterbildungsveranstaltungen sowie ein jährlich stattfindendes dreitägiges Seminar. Sie koordiniert und vernetzt die Arbeit der kommunalen SB und SV und trägt dazu bei, dass deren Arbeit in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

2. Die LSVTh versteht sich als Interessenvertreterin ihrer Mitglieder sowie aller Senioren des Freistaates Thüringen. Sie vertritt diese Interessen vor allem innerhalb des Landesseniorenbeirates (LSB), der Stiftung Ehrenamt, des Landespflegeausschusses, im Landessportbund sowie gegenüber den Fraktionen des Landtages, der Landesregierung und dem Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Darüber hinaus beteiligt sich die LSVTh an landesweiten Seniorenforen, sie nimmt Stellung zu Beschlussvorlagen des Thüringer Landtages, sie setzt sich für die Erhaltung, den Ausbau und die nachhaltige Unterstützung der Strukturen der Offenen Altenarbeit in Thüringen ein. Sie fordert die Fortschreibung des Landesaltenplans.

Zukunftsaufgaben

Das wichtigste Vorhaben der LSVTh wird ihre Öffnung für andere Landesverbände der Seniorenarbeit sein. Die LSVTh will sich in den kommenden Jahren u.a. dafür engagieren, dass

- die Landesförderung der offenen Altenarbeit, insbesondere der Seniorenbüros und Begegnungsstätten erhalten bleibt;
- den Kommunen mehr Landesmittel für die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements zur Verfügung gestellt werden;
- die Gründung von kommunalen SB und SV, ihre Pflichten und Aufgaben in der Kommunalordnung verbindlich geregelt werden;

gelt werden;

- für Hochbetagte vor allem im ländlichen Raum pflegerische Versorgungsstrukturen sowie ein Beratungsangebot aufgebaut werden;
- eine altengerechte Infrastruktur dort erweitert wird, wo es Einschränkungen gibt.

Sie will sich außerdem verstärkt dafür einsetzen, dass

- Unterstützungsstrukturen, die die Altenarbeit auf Landesebene koordinieren und vernetzen, erhalten und erweitert werden;
- der LSB eine Anbindung an die Landesregierung und den Landtag erhält;
- ein Qualifizierungsprogramm für ältere Ehrenamtliche auf Landesebene etabliert wird.

Kontakt

Landesseniorenvertretung Thüringen e.V.

Prager Str. 5/11
99091 Erfurt

Tel.: 0361 – 5 62 16 49
E-Mail:
info@landesseniorenvertretung-thueringen.de
www.landesseniorenvertretung-thueringen.de



Saale-Holzland-Kreis

Kooperation zwischen Seniorenbeiräten und dem Seniorenbüro

Für die Neugründung und die qualifizierte Arbeit von Seniorenbeiräten wirkt das Seniorenbüro im Saale-Holzland-Kreis unterstützend. Das Seniorenbüro des Landkreises hat die Neugründung von sechs Seniorenbeiräten (SB) in kleineren Städten initiiert. Die Mitarbeiterin des Seniorenbüros berät die Seniorenbeiräte und begleitet sie fachlich.

Vierteljährlich werden die Beiratsvorsitzenden und Mitglieder zu einer Weiterbildungsveranstaltung eingeladen, wo auch ein Erfahrungsaustausch stattfinden kann. Dieses Forum hat den Cha-

rakter eines Kreissenorenbeirates. Das Seniorenbüro unterstützt Projekte der Seniorenbeiräte und berät sie bei deren Realisierung. So gibt es in diesem Rahmen u.a. Gespräche mit Kommunal- und Landespolitikern, in denen wichtige sozialpolitische Themen wie Altersarmut aufgegriffen werden.

Die Seniorenbeiräte engagieren sich für ein lebendiges Erzählcafé und sie organisieren mit Unterstützung des Seniorenbüros jährlich einen Seniorentag für den Landkreis. Dieses Modell der Unterstützung der Arbeit der Seniorenbeiräte durch das Seniorenbüro des Landkreises erweist sich für Thüringen als vorbildlich.

Landesseniorenvertretung Thüringen e.V.

Tel.: 0361 – 5 62 16 49
E-Mail: info@landesseniorenvertretung-thueringen.de
www.landesseniorenvertretung-thueringen.de

Thüringen

Seniorentage in Thüringen

Verschiedene Seniorenbeiräte (SB) organisieren in ihren Städten Seniorentage. Sie haben das Anliegen, ältere Menschen mit ihren Interessen anzusprechen und Öffentlichkeit für die Belange von Senioren und Seniorinnen herzustellen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Seniorenbeiräte in Jena und Suhl.

In Jena organisiert der Seniorenbeirat eine Woche der Senioren und Seniorinnen, die unter dem Motto „Aktivtage 55+“ steht. Sie beginnt mit einer kulturellen Auftaktveranstaltung, an der Vertreter/innen der Stadt und des Landes sowie Senioren und Mitarbeiter der Altenarbeit teilnehmen. In den folgenden Tagen präsentieren Einrichtungen der offenen Altenarbeit und Altenhilfe ihre Leistungen. Im Rahmen dieser Seniorenwoche finden auch Lesungen, Vorträge und Fachta-

gungen statt. Darüber hinaus können sich ältere Menschen über Angebote informieren und selbst aktiv werden.

Der SB in Suhl führt jährlich eine große Fachtagung durch, auf der jeweils ein wichtiges sozialpolitisches Anliegen im Mittelpunkt steht. In den letzten Jahren stand vor allem der Pflegebereich im Mittelpunkt. Neben Fachvorträgen und Diskussionen konnten Aussteller ihre Produkte zeigen und Wohlfahrtsverbände ihr Leistungsspektrum darstellen.

Solche Seniorentage, wie sie auch in anderen Städten wie Erfurt, Arnstadt, Rudolstadt, Gotha und Saalfeld durchgeführt werden, haben inzwischen Tradition. Sie sind ein Beispiel dafür, wie ältere Menschen selbst aktiv werden und ihre Interessen selbstbewusst vertreten.



Kontakt Daten der Landesseniorenvertretungen

Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V.
Roland Sing
Rotebühlstr. 131
70197 Stuttgart
Tel 0711 - 61 38 24 • Fax 0711 - 61 79 65
E-Mail landesseniorenrat@lsr-bw.de
www.lsr-bw.de

Landesseniorenvertretung Bayern
Walter Voglsgang
Münchener Str. 6
86551 Aichach
Tel 082 51 - 87 01 68 • Fax 082 51 - 89 25 86
E-Mail seniorenvertretung-bayern@t-online.de
www.stmas.bayern.de

Landesseniorenvertretung Berlin
Neues Stadthaus
Heidmarie Fischer
Parochialstr. 3
10179 Berlin
Tel/Fax 030 - 200 92 27 34
E-Mail fischerheidmarie@gmx.de
www.landesseniorenvertretung-berlin.de

Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.
Prof. Dr. Sieglinde Heppener
Heinrich-Mann-Allee 7
14473 Potsdam
Tel 0331 - 601 29 91 • Fax 0331 - 8 17 00 52
E-Mail seniorenrat-brandenburg@t-online.de
www.seniorenratbrandenburg.de

Landesseniorenvertretung Bremen
Joachim Schwolow
Tivoli-Hochhaus
Bahnhofplatz 29
28195 Bremen
Tel 0421 - 3 61 67 69 • Fax 0421 - 3 61 22 75
E-Mail seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.bremen.de

Vorsitzende
Helga Walter
Salvador-Allende-Str. 91
12559 Berlin
Tel/Fax 030 - 92 12 04 50
E-Mail baglsv@arcor.de
Stellvertreter
Rolf Kauls
E-Mail kaulsrolf@t-online.de

Landes-Seniorenbeirat Hamburg
Irmgard Wolff
Heinrich-Hertz-Str. 90
22085 Hamburg
Tel 040 - 4 28 63 19 34 • Fax 040 - 4 28 63 46 29
E-Mail lsb@lsb-hamburg.de
www.lsb-hamburg.de

Landesseniorenvertretung Hessen e.V.
Ingrid Bernhammer
Feuerbachstr. 33
65195 Wiesbaden
Tel 0611 - 9 88 71 19 • Fax 0611 - 9 88 71 24
E-Mail lsvhessen@t-online.de
www.sozialnetz.de/lsvh

Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Haus der Begegnung
Brigitte Paetow
Perleberger Str. 22
19063 Schwerin
Tel 0385 - 5 55 79 70 • Fax 0385 - 5 55 89 61
E-Mail lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Landesseniorenrat Niedersachsen e.V.
Dr. Christoph Steinbach
Odeonstr. 12
30159 Hannover
Tel 0511 - 1 23 64 25 • Fax 0511 - 1 23 64 29
E-Mail lsr-nds@freenet.de
www.landesseniorenrat-nds.de

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e.V.
Gaby Schnell
Gasselstiege 13
48159 Münster
Tel 0251 - 21 20 50 • Fax 0251 - 200 66 13
E-Mail info@lsv-nrw.de
www.lsv-nrw.de

Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V.
Herman-Hartmut Weyel
Schillstr. 2
55131 Mainz
Tel 061 31 - 9 72 98 38 • Tel/Fax 061 31 - 62 79 108
E-Mail info@lsvrp.com
www.landesseniorenvertretung-rlp.de

Landesseniorenbeirat des Saarlandes
Josef Mailänder
Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales
Talstr. 43 – 51
66119 Saarbrücken
Tel 0681 - 5 01 33 41 • Fax 068 1 – 5 01 31 68
E-Mail p.steinbach@justiz-soziales.saarland.de
www.saarland.de

LandesSeniorenVertretung für Sachsen
Haus der Demokratie
Christel Demmler
Bernhard-Göring-Str. 152
04277 Leipzig
Tel/Fax 0341 - 306 51 34
E-Mail lsvfsachsen@gmx.de
www.seniorenvertretung-sachsen.de

Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e. V.
Ernst Neugebauer
Tischlerstr. 13a
39218 Schönebeck / Elbe
Tel/Fax 039 28 - 40 13 60
E-Mail sen.rat.sa-sbk@t-online.de
www.sachsen-anhalt.de

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e.V.
Dieter Sell
Kantplatz 14
24537 Neumünster
Tel 043 21 - 6 95 78 90 Fax 043 21 - 6 95 78 91
E-Mail landesseniorenrat-s-h@t-online.d
www.landesseniorenrat-s-h.de

Landesseniorenvertretung Thüringen e.V.
Irene Ellenberger
Prager Str. 5/11
99091 Erfurt
Tel 03 61 - 5 62 16 49
E-Mail info@landesseniorenvertretung-thueringen.de
www.landesseniorenvertretung-thueringen.de



BAG LSV e.V.
**Bundesarbeitsgemeinschaft
der Landesseniorenvertretungen**
.....

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V.
(BAG LSV e.V.)

Salvador-Allende-Straße 91
12559 Berlin
Tel/ Fax: 030 - 92 120 450
E-Mail: baglsv@arcor.de
www.bag-lsv.de

.....

Immer mehr ältere Menschen engagieren sich auf freiwilliger Basis in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, weil sie Verantwortung übernehmen und ihr Umfeld mitgestalten wollen. Die politische Mitwirkung ist ein zentraler Aspekt, der das Engagement älterer Menschen in Seniorenvertretungen bestimmt. Seniorenvertretungen arbeiten im vorparlamentarischen Raum, sie erkunden die Interessen älterer Menschen und geben diese an die politischen Entscheidungsträger weiter. Auf diese Weise gewährleisten Seniorenvertretungen, dass die spezifische Sicht und das Expertenwissen älterer Menschen berücksichtigt werden.

Im gesamten Bundesgebiet haben sich in den letzten Jahrzehnten kommunale Seniorenvertretungen, Seniorenbeiräte oder Seniorenräte als feste Größe im gesellschaftlichen Miteinander etabliert, deren Zahl mittlerweile auf 1200 bis 1500 angestiegen ist. Seniorenvertretungen nehmen sich der Themen an, die auf der lokalen Ebene „brennen“. Sie bewirken durch ihr Handeln, dass Diskussionen geführt, Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden. Im Ergebnis erreichen sie durch ihr Engagement eine Verbesserung der Lebensqualität für alle Generationen.

Seniorenvertretungen sind auf Landesebene in den Landesseniorenvertretungen (LSV) und auf Bundesebene in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V. (BAG LSV), organisiert. Diese Broschüre informiert neben einleitenden Fachbeiträgen im zentralen Teil über die praktische Arbeit der Seniorenvertretungen vor Ort und präsentiert einen Querschnitt erfolgreicher Initiativen und Projekte.

www.bag-lsv.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend